

ÖKOSTEUERNEWS 8 – APRIL 2002

NACHRICHTEN UND DISKUSSIONSBEITRÄGE ZUR ÖKOLOGISCHEN STEUERREFORM

FÖRDERVEREIN ÖKOLOGISCHE STEUERREFORM (FÖS) E.V.

Brienner Str. 44 80333 München <http://www.foes-ev.de>
Fon 089/520113-13 Fax 089/520113-14 <mailto:foes@foes-ev.de>

In Zusammenarbeit mit Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland (BUND) e.V.
und mit finanzieller Förderung von Bundesumweltministerium und Umweltbundesamt.*

Da die Förderung nur einen Teil der Kosten abdeckt, sind wir auf Spenden unserer
Leser dringend angewiesen (Spendenkonto: Ökobank e.G., BLZ 500 901 00, Konto 860 37 40).

*Die Förderer übernehmen keine Gewähr für die Richtigkeit, die Genauigkeit und Vollständigkeit der Angaben sowie für die Beachtung
privater Rechte Dritter. Die geäußerten Ansichten und Meinungen müssen nicht mit denen der Förderer übereinstimmen.

Inhalt dieser Ausgabe

1.	EINFÜHRUNG / LEITARTIKEL	1
2.	ÖSR-DISKUSSION IN DEUTSCHLAND	3
3.	ÖSR UND UMWELT INTERNATIONAL.....	8
4.	AKTIVITÄTEN RUND UM DIE ÖKOSTEUER	12
5.	WEITERE UMWELT- UND FINANZTHEMEN.....	13
6.	BEITRÄGE UND REAKTIONEN UNSERER LESER.....	14
7.	KURZMELDUNGEN.....	17
8.	SERVICE: JOBS	18
9.	SERVICE: LINKS	18
10.	SERVICE: VERANSTALTUNGEN	18
11.	FÖS: IN EIGENER SACHE.....	21
12.	BUND: NACHRICHTEN UND KOMMENTARE	28

1. EINFÜHRUNG / LEITARTIKEL

Liebe Freunde der Ökologischen Steuerreform und des FÖS! (AK)

Diese Ausgabe des Newsletters steht ganz im Zeichen der Mitgliederversammlung. Der Leitartikel kündigt es an und unter „FÖS: In eigener Sache“ geht es weiter mit dem Protokoll, der Studie des Wuppertal Institutes, der Folienpräsentation und vielem mehr. Wir hoffen, dass dann auch all diejenigen, die es nicht nach Berlin geschafft haben, über alles umfassend informiert sein werden.

Erfreulich ist auch, dass wir diesmal viele Leserbriefe bekommen haben, die Sie in der Rubrik „Beiträge und Reaktionen unserer Leser“ nachlesen können.

Wie immer wünschen wir viel Spaß bei der Lektüre und freuen uns über Rückmeldungen und Reaktionen!
Ihr FÖS-Team

„Die beste MV, die der FÖS je hatte“ -

Sitzungsmarathon des FÖS in Berlin mit vorgezogener Geburtstagsparty

Für FÖS-Team und Vorstand liegen die anstrengendsten Wochen des Jahres hinter uns. Vorbereitung von Budgets und Kassenprüfung, Einladungen und Organisationsarbeit begannen bereits im Januar. In Berlin folgten dann in knapper Folge ein Gespräch mit BUND- und IG Metall-Vertretern, die Beiratssitzung am Freitagabend, die Mitgliedsversammlung am Samstag im herrlichen Tagungsraum der Ländervertretung Rheinland-Pfalz mit unverstelltem Blick auf den Reichstag und seine Kuppel. Der eigentlichen MV schloss sich noch eine Geburtstagsfeier mit Kaffee und Kuchen an – wir haben uns erlaubt, den dritten Geburtstag des Einstiegs in die ÖSR ein bisschen vorzufeiern (am Ostermontag wären wohl nur wenige zusammengekommen). Der Vorstand tagte sogar zweimal: Einmal in alter Besetzung am Freitagnachmittag, dann in neuer Zusammensetzung am Samstag nach der MV.

Innerhalb der MV konnten wir unser neues Beiratsmitglied Yannis Paleocrassas begrüßen; Norbert Walter, der ebenfalls für den Beirat gewonnen werden konnte, war leider verhindert. Albert Rädler und Robert von Bennigsen schieden auf eigenen Wunsch aus dem Vorstand aus, Andreas Sauter wurde daraufhin als neuer Schatzmeister in den Vorstand gewählt. Den Abschluss der intensiven Strategiediskussion bildete der Besuch von Reinhard Loske, umwelt- und bildungspolitischer Sprecher der Grünen, der über die erfolgreichen Diskussionen der Grünen zur Ökosteuer berichtete.

Die näheren Einzelheiten können Sie im Protokoll in der Rubrik „FÖS: In eigener Sache“ nachlesen.

Es zahlte sich aus, dass wir uns für die Diskussion über die Strategie mehr Zeit als je zuvor genommen hatten. Tilman Santarius vom Wuppertal Institut zeigte in einem konzentrierten Kurzreferat Akzeptanzprobleme der ÖSR auf, die nicht nur die Notwendigkeit verbesserten Marketings deutlich machten.

<http://www.foes-ev.de/downloads/petras.pdf>

Aus der anschließenden Diskussion ergaben sich klare Aufgaben an den Vorstand:

- Wir müssen dafür eintreten, dass die Ökosteuer keine soziale Schlagseite bekommt – vielleicht auch durch schrittweisen Abbau der Ausnahmeregelungen, die bisher einseitig die Wirtschaft bevorzugen. Beim Vorschlag eines Ökobonus überwogen allerdings die kritischen Stimmen.
- Wir müssen den Wunsch der Bürger respektieren, dass Ökosteuererträge stärker als bisher mit der Finanzierung ökologischer Projekte verknüpft werden – vielleicht auch um den Preis einer Lockerung der Aufkommensneutralität. In jedem Fall muss die Kommunikation der Steuerermäßigungen für Öffentliche Verkehrsmittel, Gasfahrzeuge und KWK als Aufkommensverwendung verbessert werden, immerhin sind dies über 20 % des Aufkommens. So ist auch der Ausweis der Rentenbeitragssenkung auf dem Lohnzettel eine wichtige Aufgabe.
- Wir müssen in den kommenden Monaten unsere eigene Position für eine Ökosteuerfortsetzung nach 2003 konkreter als bisher darlegen – auch wenn wir davon ausgehen, dass eine detaillierte Diskussion darüber im Wahlkampf selbst weder wünschenswert noch wahrscheinlich ist.

Insgesamt dürfen wir uns hier ausnahmsweise ein bisschen Eigenlob gönnen, das wir aber sofort als ganz spezielles Lob an das Organisationsteam, Andrea Kuss und Christof Sauer, weiterleiten. Ohne ihren wochenlangen Einsatz wären der reibungslose Ablauf, die erfreulichen Begegnungen und die gelungenen Diskussionen dieser Tage nicht möglich gewesen. Den schönsten Dank für uns formulierten gleich mehrere Mitglieder: „Die beste MV, die der FÖS je hatte“.

Mit Dank an alle, die dazu beigetragen haben:

Ihr Anselm Görres

2. ÖSR-DISKUSSION IN DEUTSCHLAND

Förderverein Ökosteuer gratuliert Ökosteuer zum Dritten Geburtstag (FÖS-Pressemitteilung vom 27.3.02)

Am 1. April 2002 wird die Ökosteuer drei Jahre alt – aus diesem Anlass appelliert der Münchner Förderverein Ökologische Steuerreform an Presse und Öffentlichkeit, in den kommenden Monaten dafür zu sorgen, dass die Ökosteuerdiskussion nicht unter die Wahlkampfträder gerät. Bei der Ökosteuer geht es um die Sicherung langfristiger Zukunftschancen und um überparteiliche Verantwortung für die ökologische Nachhaltigkeit unseres Wirtschaftens. So wenig wie die Zuwanderungsdebatte hat die Ökosteuer es verdient, zum bloßen Zankapfel der Parteipolitik zu werden.

Ohne dass die Deutschen es merkten, ist die deutsche und europäische Ökosteuer längst zum Exportartikel geworden. Vielleicht noch nicht für die konkrete Gesetzgebung. Doch Wissenschaftler, Umweltexperten und auch Politiker diskutieren heute in der ganzen Welt die Erfahrungen und Erfolge, die zahlreiche westeuropäische Länder mit der Ökosteuer gewonnen haben. So demnächst auch auf der „Third Annual Global Conference on Environmental Taxation“ in Vermont, auf der auch der deutsche FÖS mit einem Beitrag vertreten sein wird.

Trotz sehr behutsamer Preissignale und ihrer kurzen Laufzeit kann die deutsche Ökosteuergesetzgebung an ihrem dritten Geburtstag – zusammen mit den Ölpreiserhöhungen - erste wichtige Erfolge verzeichnen:

1. Der Benzinverbrauch ist im 1. Halbjahr 2001 um 12% gegenüber dem 1. Halbjahr 1999 und um 8% gegenüber dem 1. Halbjahr 2000 zurückgegangen.
2. Mitfahrzentralen verzeichneten im 1. Halbjahr 2000 einen Zuwachs von 25%.
3. Umweltfreundliche Erdgasautos sowie 3- und 5-Literautos und erneuerbare Energien boomen, die Entwicklung des 1-Liter-Autos wurde beschleunigt.
4. Im Jahr 2000 gab es 2% mehr Bahnreisende. Die Transportleistung im Schienenverkehr stieg im Jahr 2000 um 7,9% entgegen rückläufigen Trends.
5. Eine DIW-Studie prognostiziert eine CO₂-Reduktion durch die Ökologische Steuerreform von 2-3% bis 2005.

Zwei Wochen vor dem dritten Geburtstag der Ökosteuer fanden am 15. und 16. März 2002 in Berlin die jährliche Beiratssitzung und Mitgliederversammlung des FÖS statt. Als neue Mitglieder in den Beirat aufgenommen wurden der namhafte Ökonom **Prof. Dr. Norbert Walter**, und der ehemalige griechische Finanzminister **Yannis Paleocrassas**, auch früheres Mitglied der Europäischen Kommission. Auf der Mitgliedsversammlung wurde Diplom-Mathematiker **Andreas Sauter** als neuer Schatzmeister gewählt. Der Vorsitzende **Dr. Anselm Görres**, Unternehmer in München, und das Vorstandsmitglied **Bettina Meyer**, Volkswirtin im Ministerium für Umwelt, Natur und Forsten des Landes Schleswig-Holstein, wurden in ihren Ämtern bestätigt. Bereits 2001 waren die beiden weiteren Vorstandsmitglieder **Kai Schlegelmilch** (jetzt Stellvertretender Vorsitzender) und **Gunther Willeitner** bis 2003 gewählt (Pressemitteilung des FÖS, 27.3.2002).

Geschäfte mit der Luft

Treibhausgasemissionsberechtigungen. Ausgerechnet dieser Bandwurm, enthalten im Richtlinienvorschlag 2001/581 der Europäischen Kommission, steht für eine neue Ära der Umweltpolitik. Sie soll Mensch und Natur mehr Klimaschutz bescheren, und zwar - der Clou der Angelegenheit - für weniger Geld. Eben dank jener "Treibhausgasemissionsberechtigungen"; genauer: dem Handel mit denselben.

Auf den Markt der Zukunft, der nicht nur in Europa, sondern wegen des Kyoto-Protokolls zum Klimaschutz sogar weltweit entstehen soll, bereiten sich Broker, Banken und Börsen bereits vor: darunter die Chicago Board of Trade, die International Petroleum Exchange in London - und auch die Deutsche Börse in Frankfurt. Weltweit rund 60 Milliarden Dollar soll das Geschäftsvolumen nach Schätzung der Deutsche Bank Research betragen, der Management-Dienstleister Accenture GmbH rechnet sogar mit bis zu 250 Milliarden Dollar. Wie mit Gold oder mit Sojabohnen wird demnächst wohl mit den Lizenzen zur Umweltverschmutzung gehandelt - nur in viel größerem Umfang. Womöglich werde "Das neue grüne Spiel"

eines Tages sogar zum größten Warenmarkt der Welt, mutmaßte das US-Magazin Newsweek bereits. Die Prognos AG rät derweil zu einem frühzeitigen Einstieg in den Markt für Emissionsrechte. Er verspreche vor allem eines: "langfristig hohe Gewinne".

Besagter Markt für Emissionsrechte ist in den Köpfen von Ökonomen entstanden. Doch bevor das große Geschäft daraus werden kann, müssen noch die Politiker Hand anlegen - und sich gegen massive Widerstände aus der Wirtschaft durchsetzen. Auf dem Marktplatz der Zukunft soll schließlich gehandelt werden, was heutzutage, mangels Knappheit, gar nicht marktgängig ist, wofür deshalb bisher niemand etwas zahlen muss: Luft, um es salopp auszudrücken.

Selbstverständlich handelt es sich um keine ganz normale Luft, sondern um solche, die etwas mehr jener Gase enthält, die für die Erderwärmung verantwortlich gemacht werden, vor allem Kohlendioxid (CO₂). Es entflucht Abgasrohren und Schornsteinen immer dann, wenn Kohle, Erdöl oder Erdgas verbrannt wird. Rund 23 Milliarden Tonnen CO₂, das entspricht mehr als 6 Milliarden Tonnen reinen Kohlenstoffs, pustet die Menschheit derzeit jährlich in die Atmosphäre und sorgt auf diese Weise für allerlei Übel: für einen steigenden Meeresspiegel und für Wetterkapriolen mit meist unerfreulichen Konsequenzen - bis hin zu besseren Lebensbedingungen für Krankheitserreger. Soll der Klimawandel noch in Grenzen gehalten werden, müssen die Treibhausgasemissionen sinken - und zwar drastisch, damit der wachsenden Weltbevölkerung das Schlimmste erspart bleibt.

Die Umstellung auf eine klimaverträgliche Ökonomie wird vermutlich langfristig viel Geld kosten. Damit es nicht zu viel wird, soll mit den Emissionen gehandelt werden dürfen. Mithilfe von Emissions Trading (ET), so die neudeutsche Bezeichnung, lasse sich nämlich "mit den geringsten Kosten der höchste Umweltnutzen" erzielen, sagt Olav Hohmeyer, Professor für Volkswirtschaft an der Universität Flensburg. Um bis zu 90 Prozent, so das Ergebnis eines Pilotprojektes in Hessen, könnten die Kosten der Emissionsminderung dank Emissionshandel sinken. Armin Sandhövel, Leiter der Umweltmanagement-Abteilung bei der Dresdner Bank, spricht davon, dass ET "ökologische Treffsicherheit" garantiere und gleichzeitig ein "Höchstmaß an unternehmerischer Freiheit" gestatte.

Wie das? Weil die Kosten für die Vermeidung von CO₂ von Land zu Land, von Fabrik zu Fabrik und von Haushalt zu Haushalt unterschiedlich sind - und weil der Emissionshandel dafür sorgt, dass genau dort die Umweltbelastung reduziert wird, wo dies die geringsten Kosten verursacht. *Cap and trade* - deckeln und handeln, heißt der Mechanismus, der dafür sorgt. Deckeln, weil der Staat jedem Emittenten ein Verschmutzungskontingent zuteilt, eine genau definierte Lizenz zur Inanspruchnahme der Umwelt; das gewährleistet, dass das Ökoziel erreicht wird. Handeln, weil die Lizenzinhaber ihre Verschmutzungsrechte verkaufen können - und dies auch tun werden, wenn der erwartete Erlös daraus höher ist als die Investitionen zur Verringerung der Umweltbelastung. Als Käufer treten jene Emittenten auf, die es billiger kommt, zusätzliche Lizenzen zu erwerben, als selbst ihren Schmutzausstoß zu verringern. Ergebnis: Effektiver Umweltschutz zu minimalen Kosten - der Markt macht's möglich.

Erfunden hat das Konzept der Amerikaner John Harkness Dales schon vor einem Vierteljahrhundert. Inzwischen rühren viele die Trommel für den Umweltschutz nach der Methode des billigen Jakob: Hierzulande entsteht gerade der Bundesverband Emissionshandel und Klimaschutz, eine Initiative von jungen Wissenschaftlern unter anderem vom Zentrum für Europäische Wirtschaftsforschung (ZEW) in Mannheim und vom Hamburgischen Welt-Wirtschafts-Archiv (HWWA). Ziel des Vereins sei unter anderem die "Information der Politik und Öffentlichkeit über die Zweckdienlichkeit des Emissionshandels", heißt es im Satzungsentwurf.

Wie zweckdienlich ET ist, haben vor allem die Amerikaner schon bewiesen. Um den sauren Regen zu bekämpfen, teilte die US-Regierung 1995 den Kraftwerksbetreibern handelbare Verschmutzungsrechte für den Schadstoff Schwefeldioxid (SO₂) zu. Bis Ende des Jahres 2000 wurden mehr als 40 Millionen Emissionsrechte über je eine Tonne Schwefeldioxid gehandelt. Der Giftausstoß sank drastisch, während die Kosten weit unter den ursprünglich prognostizierten vier Milliarden Dollar blieben. Das Programm habe die "Praktikabilität von Zertifikatsystemen in der Umweltpolitik auf breiter Grundlage unter Beweis gestellt", heißt es in einer Analyse der Kreditanstalt für Wiederaufbau.

Fast noch eindrucksvoller wirkte cap and trade bei der Bewirtschaftung der Heilbuttbestände vor der Küste

Alaskas: Um die bedrohten Fischeschwärme vor der Ausrottung zu schützen, hatten die Behörden zunächst nur eine Fangquote verhängt. Weil die Quote aber nicht den einzelnen Fischern zugeteilt war, startete ein heillosen Run auf die Meeresressource; jeder wollte sich eben einen möglichst großen Anteil sichern. Am Ende war die jährliche Fischereisaison auf ganze zwei Tage geschrumpft. 48 Stunden reichten aus, um die gesamte freigegebene Fischmenge zu fangen - und zwar bei jedem Wetter. Deshalb gab es Tote, havarierte Fischerboote - und fast ganzjährig keinen Frischfisch. Weil das Angebot an den beiden Fischereitagen zudem immens war, waren zu allem Übel die Preise in den Keller gerutscht. Erst nachdem 1995 die Behörden den einzelnen Fischern individuelle Fangquoten zugeteilt und ihnen erlaubt hatten, diese Quoten untereinander zu handeln, besserte sich die Lage. Schon im ersten Jahr des neuen Regimes konnte die Fangsaison wieder auf acht Monate ausgeweitet werden. Die amerikanische National Academy of Science lobte das neue System fast überschwänglich.

Die große Zeit des marktorientierten Umweltschutzes kommt indes erst noch: Dann nämlich, wenn es gilt, die Erderwärmung zu bekämpfen. Von 2005 an will die EU den Handel mit CO₂-Rechten eröffnen. Und vom Jahr 2008 an, so steht es im Kyoto-Protokoll zum Klimaschutz, sollen diverse solch "flexibler" Instrumente sogar weltweit zum Einsatz kommen. Während die Finanzwelt, die Hersteller energieeffizienter Geräte und die Produzenten vergleichsweise umweltverträglicher Energien wie Erdgas ein Riesengeschäft wittern, treten die Lobbyisten der Verliererbranchen, beispielsweise Kohle, nach Kräften auf die Bremse. Trotz dieses besonders in Deutschland ausgeprägten Widerstands kann sich kaum jemand dem Charme des marktnahen Ökoinstrumentes verschließen. ET wird deshalb bereits vielerorts kräftig geübt.

1999 kaufte der kanadische Energieversorger Ontario Power Generation CO₂-Emissionsrechte in Höhe von 2,5 Millionen Tonnen von dem US-Unternehmen Zahren Alternative Power Corporation (ZAPCO); ZAPCO erzielte die Einsparungen durch die Entgasung von Mülldeponien, Hauptgeschäftsfeld des Unternehmens. Nach dem Motto "Cash for carbon" kam ein Konsortium unter Führung des ebenfalls kanadischen Versorgers Transalta mit Farmern ins Geschäft, die auf ihren Äckern mit speziellen Bewirtschaftungsmethoden für weniger Treibhausgase sorgen. Auch mit den Hamburgischen Electricitätswerken (HEW) handelte Transalta bereits.

Zu einiger Berühmtheit hat es bereits der unternehmensinterne Emissionshandel beim Ölmulti BP gebracht. Verbrieft in Zertifikaten, wird jeder der weltweit 140 Geschäftseinheiten seit Anfang 2000 ein jährlich sinkendes Emissionsziel in Tonnen CO₂ zugeteilt. Wer durch den Einsatz effizienter Technik mehr CO₂ vermeidet als gefordert, kann die überschüssigen Erlaubnisscheine an Kollegen anderer Geschäftseinheiten verkaufen und dabei Geld verdienen; wer weniger findig ist, muss Zertifikate zulasten des Gewinns zukaufen. BP-Vize Peter Knoedel äußert sich hoch zufrieden über die Erfahrungen mit dem System. Die Kosten des Klimaschutzes ließen sich dadurch drücken - und die eingesparte Energie lasse sich obendrein gewinnbringend verkaufen. "Seit Anfang 2000 entspricht das schon dem Wert von einer halben Milliarde Dollar", sagt Knoedel.

Erfahrungen sammeln auch andere: darunter Shell und eine Hand voll Unternehmen in Australien und in den USA. In Kürze probt sogar eine ganze Nation die neue Art des Klimaschutzes: Während in Deutschland noch der Kampf der Ideologen tobt, startet in Großbritannien im April ein landesweites Emissionshandelssystem - zunächst auf freiwilliger Basis und gefördert mit Subventionen für die Teilnehmer. Es sei eine weltweite Premiere, verkündet der britische Umweltminister Michael Meacher stolz - und werde der Industrie "unschätzbare Erfahrungen" vermitteln. Eben für den Markt der Zukunft (Fritz Vorholz, Die Zeit 12/2002).

Chancen und Risiken des Emissionshandels Einstieg in ernsthaften Klimaschutz?

Mit dem geplanten europäischen Emissionshandel steht der Einstieg in ernsthaften Klimaschutz vor der Tür. Auch in Deutschland wird im Rahmen einer Arbeitsgruppe über die Umsetzung diskutiert. Aufgrund des Widerstands einiger Akteure der Wirtschaft drohte diese zu scheitern. Die Akteure sollten aber die Chance für ein ökologisch integriertes Modell nutzen.

Die EU-Kommission hat einen Richtlinien-Entwurf für ein europäisches Emissionshandelssystem vorgelegt, der es in sich hat: Absolute Reduktionsziele für die großen Emittenten von Kohlendioxid; die Notwendigkeit,

entweder das eigene Ziel zu erreichen, oder überzählige Emissionszertifikate von anderen Akteuren in der EU zu kaufen; saftige Sanktionen, wenn die Ziele verfehlt werden. Einige Akteure der Wirtschaft scheuen den rauen Wind des Marktes und würden lieber am gemütlichen Nest der „freiwilligen Selbstverpflichtung“ festhalten. Angetrieben von der BASF bläst der Verband der Chemischen Industrie ins Protesthorn. Der Emissionshandel mit seiner harten Begrenzung des Emissionsausstoßes für einzelne Unternehmen passt nicht zum rheinisch-Berliner Politikstil des Klüngels. Plötzlich werden harte Entscheidungen der Zuteilung, wirkliche Transparenz beim Monitoring und bei der Verifizierung sowie ein hartes Sanktionssystem notwendig. Ein funktionierender Markt braucht einen Ordnungsrahmen, dann hat er viele Vorteile:

- Ein mengenorientiertes System wie das von der Kommission konzipierte Cap and Trade- System garantiert wie kein anderes Konzept ökologische Treffsicherheit. Zugleich aber signalisiert es der Wirtschaft: Wir sind nicht daran interessiert, euch im Detail zu regulieren. Wie ihr das umsetzt, ist eure Sache. Und auch, wo – solange die Umweltintegrität gewahrt bleibt.
- Ein solches System ermöglicht, ökonomische Chancen zu nutzen und unternehmerische Risiken erfolgreich zu managen. Beim Klimagipfel in Marrakesch machten institutionelle Anleger deutlich, dass sie von Unternehmen mit hohen Kohlenstoffrisiken nun ein geeignetes Risikomanagement-System gegenüber dem regulativen Risiko weiterer politischer Regulierungen erwarten. Wo dies nicht durch Diversifikation des Portfolios in Richtung erneuerbare Energieträger und Energieeffizienz geschieht, dürfte der Optionen-Handel im Rahmen eines Emissionshandelssystems die passende Möglichkeit sein.
- Dieses Instrument gestattet Unternehmen die Flexibilität, beim Erreichen der Klimaschutzziele neue klimafreundliche Investitionen erst dann zu tätigen, wenn die alten Investitionen abgeschrieben sind. Indem Kapitalvernichtung damit so weit wie möglich vermieden wird – ohne die Umweltziele zu gefährden – werden auch negative Arbeitsmarkteffekte eingeschränkt; durch den Innovationsanreiz sind zugleich positive Jobeffekte zu erwarten.
- Es ist ein nicht zu unterschätzender Strukturwandel innerhalb der betroffenen Unternehmen zu erwarten. Nicht mehr alleine die Umweltleute, sondern auch die Finanzabteilung hat dann ein Interesse, dass ein intensiver Suchprozess zur Klimagasreduzierung beginnt.
- Ein internationales Emissionshandelsregime in Europa wird der wohl stärkste Anziehungsfaktor für die USA, sich den internationalen Klimaschutzbemühungen über kurz oder lang anzuschließen. Der Druck der transnationalen Unternehmen in diese Richtung wächst bereits.
- Aus ökologischer Perspektive, aber vor allem auch wegen der notwendigen Liquidität des Marktes, ist es sinnvoll, dass die EU die Initiative ergriff, bevor ein Flickenteppich nationaler, nicht kompatibler Märkte entsteht. Bereits die beiden ersten nationalen Konzepte, Großbritannien und Dänemark, sind nicht kompatibel.

Große Chancen mit Risiken

Der Emissionshandel auf Unternehmensebene kann ein sehr zielgenaues und wirkungsmächtiges Instrument sein. Viele Akteure, die am Klimaschutz keinerlei Interesse haben, betreten das Spielfeld. Das ist gewünscht – der Klimaschutz darf nicht eine Spielwiese für Idealisten bleiben. Aber es macht auch deutlich: Ab jetzt muss es strikte Regeln geben, die dafür sorgen, dass tatsächlich Emissionen und nicht Papierbuchungen gehandelt werden; dass tatsächlich die Innovationen angestoßen werden, die wir brauchen. Wichtigen Risiken für die Integrität des Systems gilt es vorzubeugen:

- Die EU-Richtlinie sieht vor, dass zu einem späteren Zeitpunkt zusätzlich auch projektbasierter Handel in das System einbezogen werden soll. Dies ist im Prinzip zu begrüßen. Aber die Spielregeln von Kyoto reichen leider nicht aus, die ökologische und soziale Integrität dieser Projekte sicherzustellen. Hier ist die EU in der Pflicht, diesbezüglich einen „goldenen Standard“ zu erarbeiten.
- Einige Länder – vor allem Russland – haben in Kyoto Ziele erhalten, die sie selbst bei starkem Wirtschaftswachstum deutlich unterschreiten. Der EU-Handel zwischen Unternehmen muss, wie von

der Kommission vorgesehen, gegenüber dieser „heißen Luft“ abgedichtet bleiben.

- Der Verzicht auf Ökosteuer für die am Emissionshandel teilnehmenden Unternehmen ist kein Tabu. Hingegen wäre es sinnvoll, für die nicht teilnehmenden Unternehmen den vollen Satz einzuführen. Unverzichtbar aber bleibt als zusätzliche Maßnahme die beschleunigte Markteinführung erneuerbarer Energien und anderer innovativer Technologien wie Brennstoffzellen, die langfristig die Staffel des Klimaschutzes übernehmen können.

Ende des Jahres wollten einige Wirtschaftsakteure der Bundesregierung, den Umweltverbänden und den Kollegen aus der Wirtschaft als Voraussetzung für eine gemeinsame Stellungnahme ein „Nein“ zum EU-Richtlinienvorschlag abtrotzen. Sie brachten die Arbeitsgruppe an den Rand des Scheiterns. In wesentlich kleineren, thematisch aufgespaltenen Arbeitsgruppen gibt es nun einen neuen Versuch, zu Kompromissen zu kommen. Dies kann nur gelingen, wenn dabei nicht die Klimaschutzziele und die Ernsthaftigkeit des politischen Willens, diese zu erreichen, direkt oder indirekt in Frage gestellt werden (Christoph Bals, Ökologisches Wirtschaften 1/2002).

Der Autor Christoph Bals ist für die Nord-Süd NGO Germanwatch Mitglied der Arbeitsgruppe Emissionshandel. Kontakt: Germanwatch e.V., Kaiserstr. 201, 53113 Bonn. Tel. 0228/ 60492-0, Fax -19, E-mail: <mailto:bals@germanwatch.org>

Globale Nachhaltigkeitspolitik durch neue Nutzungsentgelte stärken

Der Wissenschaftliche Beirat der Bundesregierung Globale Umweltveränderungen (WBGU) übergab am 27.02. ein Sondergutachten "Entgelte für die Nutzung globaler Gemeinschaftsgüter" an Bundesforschungsministerin Edelgard Bulmahn, Bundesumweltminister Jürgen Trittin und Staatssekretär Erich Stather (BMZ). Das Gutachten enthält konkrete Empfehlungen für die in Kürze stattfindende UN-Konferenz über Entwicklungsfinanzierung in Monterrey.

Der WBGU plädiert dafür, Entgelte auf die Nutzung globaler Gemeinschaftsgüter, insbesondere den internationalen Luftraum und die Hohe See, zu erheben. Solche Nutzungsentgelte sind zweckgebunden einzusetzen. Sie sollen zum Schutz dieser Güter beitragen und die internationale Nachhaltigkeitspolitik stärken. Als weiteres erwägenswertes Instrument nennt der WBGU Ausgleichszahlungen an Entwicklungsländer, die auf eine schädigende Nutzung bestimmter Umweltressourcen verzichten und dadurch wirtschaftliche Nachteile in Kauf nehmen. Zahlungen wären für den Verzicht auf die Nutzung nationaler Umweltgüter von globalem Wert zu entrichten, wie z. B. Wälder, Böden oder Gewässer.

Nutzungsentgelte auf Flugzeugemissionen einführen

Der Flugverkehr ist diejenige Quelle von Treibhausgasen, die weltweit am stärksten wächst. Trotz der absehbaren erheblichen Klimawirkungen fallen die Emissionen des internationalen Flugverkehrs nicht unter die Reduktionsverpflichtungen des Kioto-Protokolls. Hier besteht eine Regelungslücke, die möglichst bald geschlossen werden sollte. Der WBGU empfiehlt daher, sich auf internationaler Ebene für die schrittweise Einführung eines weltweiten Nutzungsentgelts auf Flugzeugemissionen einzusetzen. Die Höhe des Entgelts sollte auf Basis des Flugzeugtyps, der Flugroute, der Entfernung und des Ladegewichts bestimmt werden. Die gewonnenen Finanzmittel sollten nach Ansicht des WBGU in den Klimaschutz fließen, insbesondere in die Steigerung der Energieeffizienz und den verstärkten Einsatz erneuerbarer Energien. Darüber hinaus könnten Maßnahmen zur Anpassung an den globalen Klimawandel und zur Bewältigung seiner Folgen finanziert werden. Hinsichtlich der Verwaltung der Mittel empfiehlt der WBGU, den größten Teil des Aufkommens an bestehende internationale Institutionen zu vergeben, etwa die neuen Fonds zum Klimaschutz oder die Globale Umweltfazilität (GEF).

Nutzungsentgelte für die Seeschifffahrt erheben

Der Zustand der Meere hat sich in den vergangenen Jahren trotz aller Bemühungen weiterhin verschlechtert. Zwar ist die Seeschifffahrt auf Langstrecken die umweltfreundlichste Transportform, dennoch trägt sie erheblich zur Verschmutzung der Meere, der Luft sowie zum globalen Klimawandel bei. So werden beispielsweise die Treibhausgasemissionen aus dem internationalen Schiffsverkehr nicht durch das Kioto-Protokoll erfasst. Diese Regelungslücke sollte durch die Erhebung eines jährlich zu entrichtenden Entgelts für die Seeschifffahrt geschlossen werden, das die Umweltbelastungen durch Schiffe berücksichtigt.

Bezogen auf ein Basisentgelt können Rabatte gewährt werden, deren Höhe unter anderem von einer umweltfreundlichen Reedereipolitik, der Technik der Schiffe und dem Betriebsmanagement abhängt. Das Basisentgelt wäre anhand der Tragfähigkeit der Schiffe, der Leistungskraft der Motoren sowie eines Gebührenfaktors zu bestimmen. Die gewonnenen Finanzmittel sollten für den Meeresschutz verwendet werden, insbesondere für das integrierte Küstenmanagement in Entwicklungs- und Transformationsländern. Zur Verwaltung der Mittel wäre die Globale Umweltfazilität (GEF) geeignet.

Entgelte für Nutzungsverzicht auf Naturschätze prüfen

Naturschätze wie Wälder, Gewässer oder Böden werden oft nicht ausreichend geschützt, weil viele Menschen in Entwicklungsländern aus existentiellen Gründen zu umweltschädigendem Verhalten gezwungen sind. Viele dieser Naturschätze sind von globalem Wert. Ausgleichszahlungen an die Staaten, die sich verpflichten, auf eine schädigende Nutzung dieser Ressourcen zu verzichten, können zum Erhalt der Umwelt und gleichzeitig zur Armutsbekämpfung beitragen. Der WBGU empfiehlt, das Konzept der Entgelte für Nutzungsverzichte stärker in die internationale politische Diskussion einzubringen und die Forschung in diesem Bereich zu stärken.

Mehr Spielraum für Entwicklungszusammenarbeit

Zusätzliche Finanzmittel zum Schutz globaler Gemeinschaftsgüter würden es ermöglichen, die vorhandenen Mittel für Entwicklungszusammenarbeit von dieser Aufgabe zu entlasten und wieder verstärkt für klassische Tätigkeitsfelder – wie direkte Armutsbekämpfung – zu nutzen. Die neu gewonnenen Finanzmittel dürfen keinesfalls zu Kürzungen der Budgets für Entwicklungszusammenarbeit führen (Presseerklärung des WBGU, 27.02.2002).

3. ÖSR UND UMWELT INTERNATIONAL

Italien erwägt Aufhebung der CO₂-Steuer

Um die Wirtschaft anzukurbeln, überlegt die italienische Regierung, die vor drei Jahren eingeführte Steuer auf Treibstoff aufzuheben. Bei italienischen Umweltverbänden stieß der Plan der Regierung auf harsche Kritik.

Mehr dazu (englisch):

Italian Government Considers Repeal of Carbon Tax

On February 14, Gianfranco Fini, Italy's vice prime minister, suggested the three-year old tax on petroleum-based fuels be repealed in the interest of spurring economic growth. The carbon tax was designed as a financial incentive to reduce consumption of fossil-based fuels. Italian Environmental groups object to the government's plan to scrap the tax; a spokesman for the Regional Environmental Authority argued that the development of cleaner energy sources will be slowed if the government agrees to do what amounts to a subsidy for dirty fuel sources. The Bank of Italy does not yet have an estimate for how much a repeal of the tax would cost or what the macroeconomic impact might be (Bureau of National Affairs, Daily Tax Report, February 22, 2001, p. G-2) (Tax News Update, Vol. 21, No. 8, 07.03.02).

CO₂-Steuer in Belgien?

Um die Klimaziele des Kyoto-Protokolls zu erreichen, hat die belgische Regierung einen Strategieplan gegen den Klimawandel erstellt. Dieser entspricht – zumindest in Zügen – einer CO₂-Steuer. Allerdings lassen die in 2003 anstehenden Wahlen es nicht sehr wahrscheinlich erscheinen, dass sie bis dann eingeführt wird (A.d.R.). Lesen Sie mehr (englisch):

Belgian Government Considers Carbon Tax

Last week, the Belgian government adopted a climate change strategy plan that – while not specifically proposing a national carbon tax — does refer to one in several of its scenario outlines. The climate change strategy plan was devised to help the nation find a way to meet its carbon dioxide reduction commitment of 7 percent below 1990 levels by 2012. The reduction targets are part of the agreement finalized March 4 when

European Union member states agreed to ratify the Kyoto Protocol. An adviser to Belgian Deputy Minister for Energy and Development said that the agency is “currently conducting several studies on the possibility of imposing a carbon tax” and that studies should be ready by June or July of this year (Bureau of National Affairs, Daily Tax Report, March 12, 2002, p. G-5). The climate change plan will be posted at <http://www.deleuze.fgov.be/> (Tax News Update, Vol. 21, No. 9, 13.03.02).

Neue Chance für EU-weite Energiesteuerharmonisierung?

Die EU-Mitgliedsstaaten haben sich prinzipiell darauf geeinigt, bis zum Ende des Jahres die Energiesteuern zu harmonisieren. Um einheitliche Steuern durchzusetzen (Mindeststeuersätze und Strukturen) ist allerdings Einstimmigkeit notwendig. Skepsis ist also angebracht, ob eine für alle Mitgliedsstaaten passende Lösung gefunden werden kann. Mehr dazu (englisch):

Energy Tax Harmonization Back on the Table?

Earlier this week, European Union member states agreed in principle to establish an energy harmonization tax by the end of the year. Energy tax harmonization, originally proposed as a carbon dioxide tax in 1992, has been stalled for four years by opposition from some members. Any tax legislation must receive unanimous approval by all EU member states in the Council of Ministers. The energy harmonization proposal is designed to increase the cost of fossil fuels and help the EU meet its Kyoto Protocol greenhouse gas reduction commitments. The agreement came after EU member states agreed to liberalize EU electricity and gas markets for businesses by the end of 2004, a central demand of Spain. EU leaders remain skeptical about the prospects of formulating an energy tax harmonization plan suitable to all member states; Britain, for example, wants an exemption for household consumers, Germany wants exemptions for energy-intensive industries, and France, Italy, and the Netherlands have insisted on fuel tax exemptions for truck companies. (Bureau of National Affairs, Daily Tax Report, March 19, 2002, p. G-3) (Tax News Update, Vol. 21, No. 10, 21.03.02).

Harmonisierung der Energiesteuern in der EU

Das Papier beschäftigt sich mit der Internalisierung der externen Umweltkosten von verschiedenen Energieträgern. Erstaunlich ist dabei, dass die externen Kosten im Straßenverkehr ganz grob durch Steuerzahlungen abgedeckt sein sollen. Diese soll die Basis für die Harmonisierung der Energiesteuern in der EU bilden (Susanna Dorigoni and Francesco Gullí, Istituto di Economia delle Fonti di Energia, Università Bocconi, Italy, 2002). Lesen Sie den vollständigen Bericht (englisch):

<http://www.foes-ev.de/downloads/taxharmonization.pdf>

EU wird Vorreiterrolle beim Klimaschutz gerecht

Zu der politischen Einigung der EU-Umweltminister, das Kyoto-Protokoll bis zum 1. Juni zu ratifizieren, erklärt Bundesumweltminister Jürgen Trittin: Ich freue mich, dass der Umweltrat den Weg für die Ratifizierung des Kyoto-Protokoll durch der EU-Mitgliedsstaaten freigemacht hat. Damit sind wir einen entscheidenden Schritt voran gekommen, dass das Protokoll rechtzeitig zum Weltgipfel in Johannesburg in Kraft treten kann. Die EU verpflichtet sich insgesamt, den Ausstoß ihrer Treibhausgase zwischen 2008 und 2012 um acht Prozent gegenüber 1990 zu reduzieren.

Um dieses Ziel zu erreichen, haben wir innerhalb der EU eine Lastenteilung vereinbart, die von allen respektiert werden muss. Jedes Land muss solidarisch die von ihm eingegangenen Verpflichtungen umsetzen. Deshalb hat der Rat ein Aufschnüren des EU-Pakets einhellig abgelehnt. Deutschland wird seine Hausaufgaben machen und Motor bei der Minderung der Treibhausgase bleiben. Auch Dänemark hat akzeptiert, dass es seine freiwillig eingegangenen Verpflichtungen im Interesse eines glaubwürdigen Klimaschutzes erfüllen muss. Die EU-Umweltminister haben nicht nur einmütiges Handeln gezeigt, sondern auch demonstriert, dass die EU ihrer Vorreiterrolle beim Klimaschutz gerecht wird. Gleichzeitig bedauerte der Umweltrat, dass die USA selbst das Ziel der Klimarahmenkonvention verfehlen, ihre Emissionen auf den Stand von 1990 zurück zu führen. Die amerikanische Regierung hatte stets betont, sie stünde zur 1992 in Rio beschlossenen Klimarahmenkonvention (BMU-Pressedienst Nr. 51/02, 4.3.2002).

Weitere Kritik an Bushs Klimapolitik

Nicht nur die EU lehnt die Klimapolitik der USA ab (wir berichteten in ÖSN 7, A.d.R.), auch in anderen Teilen der Welt hagelt es Kritik an den Aussagen Bushs, wie in unserem Beispiel, das aus Indien stammt.

Lesen Sie mehr (englisch):

Shameless India

US president George Bush has made it clear that his country would continue to pollute the global atmosphere, as before. No matter what this means for climate change, which scientists now say is getting real and worse. This is not news, because Bush has said again and again that efforts under the Kyoto Protocol to set legally binding emission reduction targets for rich countries like his are "fatally and fundamentally flawed".

But what does make news is that the Indian government has chosen to endorse Bush's disastrous proposal. The ministry of external affairs (MEA) has chosen in its wisdom to issue a statement saying that India "welcomes US President George Bush's policy statement on US government's approach to environmental protection and global climate change". US diplomats are thrilled. They have got support for their president's renegade plan from a key country of the G-77.

We are appalled. The Bush proposal is ridiculous. He says that he rejects the Kyoto Protocol because it will hurt the US economy and "cost us jobs". He says he is charged with "safeguarding the welfare of American people and workers" so he cannot commit to an "unsound international treaty that will throw millions out of work". In other words, while he protects his kitty, the rest of us can go to hell.

We know that climate change negotiations are hard economic negotiations and this is why it has taken the world over 10 years to arrive at any action to even begin to cut emissions of the industrialised north. Global warming - the heating of the earth's atmosphere which threatens to destabilise the earth's climate - is primarily caused by the use of fossil fuels, that is burning coal in power stations, using petroleum for running automobiles and doing just about everything that keeps the economy going. This is the reason why George Bush, leader of the world's largest economy, guzzler of fossil fuels and polluter, has always opposed climate negotiations.

Now he says that in his grand design, he will ask his industry to "voluntarily" cut emissions and sets a target for reducing greenhouse gas intensity - making the economy more energy efficient so that as it grows, the intensity of emissions are reduced. What he does not say is that this is business as usual, as in the 1980s, greenhouse gas intensity fell by 21 per cent and in the 1990s by 16 per cent. In other words, the target is totally meaningless, as US emissions will continue to grow and grow. In fact, it is estimated that emissions in 2012 will be 30 per cent over the 1990 level. The US had signed the Kyoto Protocol and agreed to cut emissions by 7 per cent over 1990 levels by 2012. In actual fact it will be 37 per cent above the Kyoto target. But this is not the last of Bush's immorality and India's stupidity. Bush also says that he rejects Kyoto because it is not "global". He says India and China, big polluters in the future, must be included in the agreement, always forgetting that not only has the industrialised north created the global warming problem but that even till date emissions in the US are much higher than India and China. In fact, the climate negotiations have been built on the premise that countries like the US - overusing their share of the atmospheric space - need to reduce emissions to give environmental space for other countries to grow. But then while

"sharing" has never been one of Bush's virtues, how does MEA justify its "welcome" of this ludicrous plan.

Straight talking Texan that he is, Bush also reaches out to India and China with a simple bribe: take my approach on greenhouse gas intensity as it recognises your right to development. In other words, let us both pollute. But let us not talk about the earth's capacity to handle these emissions.

The MEA statement has some perfunctory lines about how India's per capita emissions are very low as compared to developed countries and how per capita emission rights need to be the basis of policy. But that is not enough. We have ended up endorsing a renegade plan, where the leader of the "free" world has just declared that his nation will knowingly and wantonly take the road to hell and take us down with him.

We have to remember that we have no choice but to demand an effective climate convention. Emerging science tells us that climatic change will result in greater climatic variation and extreme events like floods, droughts and cyclones and sea level rise, leaving poor people living at the very margins of survival even more vulnerable. Given our poverty, it is in our interest to mitigate the impacts of climate change.

But desperate people are known to do foolish things. After the September 11 attack we need to do everything to prove our loyalty and friendship to the „big idea" to rid the world of terrorism. And as sycophancy is second nature to our politicians and bureaucrats it is not difficult to understand why we decided to issue this statement, even if it means jeopardising the entire climate negotiations. More shame on us (Sunita Narain, News Bulletin des Centre for Science and Environment, 16.03.02).

Geringe Kosten in Kanada für das Kyoto-Protokoll dank den USA

Zur Zeit bereitet die kanadische Regierung die Veröffentlichung eines Berichts vor, der die Kosten für die Erfüllung des Kyoto-Protokolls als deutlich geringer ausweist als in Studien der Industrie vorhergesagt. Hauptgrund dafür ist die fehlende Konkurrenz der USA beim Kauf von Emissionskontingenten von anderen Ländern. Lesen Sie mehr (englisch):

Canada Releases Report Showing Low Cost of Kyoto Protocol

The Canadian government is preparing to release a report showing that the cost of implementing the Kyoto Protocol in Canada would not be as high as some industry studies have predicted. If Canada ratifies the Kyoto Protocol, the country will have to reduce greenhouse gas emissions by 6 percent by 2010. The government report found that the cost of buying greenhouse gas emissions permits from countries that have excess emission permits falls dramatically without U.S. participation. A permit for one ton of carbon dioxide would cost \$40 if the United States was in the market, that cost would drop to \$11 a ton without U.S. competition. The findings were released after 15 European Union members, including the United Kingdom, agreed to ratify the Kyoto pact. (Greenwire, March 18, 2002) (Tax News Update, Vol. 21, No. 10, 21.03.02).

EU gibt grünes Licht für Kyoto-Ratifizierung

Die Umweltminister der EU haben die gesetzliche Grundlage geschaffen, um alle Mitgliedsstaaten zur Ratifizierung des Kyoto-Protokolls zu verpflichten. Mehr dazu (englisch):

EU gives green light to Kyoto ratification

EU environment ministers today unanimously adopted a legal instrument obliging each member state to ratify the Kyoto protocol. The move means governments have formally agreed to be bound by the global climate accord. It sets in train an irreversible process that the EU hopes will culminate with the protocol entering into force during this autumn's world sustainability summit in Johannesburg.

Universally described today by ministers, the European Commission and environmentalists as a "historic" decision, the adoption of the law, proposed last October, gives legal force to the EU's 1998 "burden-sharing" agreement. This is the mechanism through which the bloc is translating its collective Kyoto commitment into requirements for each member state.

Before the EU can formally ratify the protocol by sending the ratification instrument to the UN's New York headquarters, each member state must receive clearance from its national parliament. Only four are currently in this position, though Commission officials today said they expected the rest to reach this point before the end of May.

Officials are also confident that Japan and Russia - the other main industrialised country signatories to the protocol whose ratification is needed as a minimum for it to enter force - will take a similar step before Johannesburg.

Today's agreement also removes lingering doubts over the integrity of the EU's burden-sharing pact after Denmark had called for an adjustment to take into account its lower than normal emissions during 1990, the protocol's base year for reduction calculations. The Danish government had argued that its resulting target was unfairly tight.

Instead, the "Danish problem" has been deferred until 2006, when Kyoto emission reduction commitments, currently expressed as percentages, are translated into maximum emission ceilings expressed as tonnes of

carbon dioxide equivalent. Denmark's concerns will be "taken into account" at this stage in the process, ministers said.

Today's ratification instrument was adopted on the EU treaty's "environment" legal basis, requiring only a qualified majority for approval. Though most member states had argued that the law concerned energy policy and should have required unanimity, some were against. Since to change the legal base would itself have required unanimity it was therefore blocked.

The Commission and environmentalists had worried that changing the legal base could provide a precedent for a similar change in other climate-related proposals, such as emissions trading. This would be likely to slow or even halt their adoption, they feared (Environment Daily 1170, 04.03.02).

Alarmierender Anstieg der Treibhausgase in Spanien

Spanische Treibhausgasemissionen sind im Jahr 2000 um fast 6%-Punkte gestiegen und liegen damit 29% über dem Kyoto-Ziel. Damit ist Spanien von allen EU-Mitgliedsstaaten am weitesten von Zielen des Kyoto-Protokolls entfernt. Lesen Sie mehr (englisch):

"Alarming rise" in Spanish greenhouse gases

Spanish greenhouse gas emissions rose by almost six percentage points above 1990 levels in 2000, to reach 29% above the Kyoto protocol baseline, according to new figures. The rise almost certainly cements Spain's unenviable position as the EU country furthest from meeting its Kyoto protocol commitment to limit emissions.

Compiled by national trade union confederation CCOO and the magazine World Watch, the figures were released yesterday to coincide with the EU environment council - chaired by Spain - at which ministers agreed collective ratification of the Kyoto protocol.

The report's authors describe the rise in 2000 as "alarming" and criticise official institutions for hampering the release of emissions data. No official figures for 2000 emissions have been released; a spokesperson for the environment ministry said they would be available "shortly" (Environment Daily 1171, 05.03.02).

4. AKTIVITÄTEN RUND UM DIE ÖKOSTEUER

Die Ökosteuern-Panne der FDP

In der letzten Ausgabe der ÖkoSteuerNews haben wir bereits über die Umfrage der FDP im Internet berichtet. Hierzu noch zwei Nachträge:

Wir hatten eine Reaktion von Dr. Burkhard Huckestein vom Umweltbundesamt auf diese Umfrage abgedruckt, die von der FDP folgendermaßen beantwortet wurde:

„Sehr geehrter Herr Huckestein,

Uwe Evers und Rainer Brüderle danken Ihnen für Ihre freundliche E-Mail vom 01. März 2002 und Ihre Informationen über die Ergebnisse des PANTA RHEI-Modells (siehe <http://www.foes-ev.de/news5/2artikel1.html>). Sie haben mich gebeten, Ihnen zu antworten.

Wie aus Ihrem Schreiben hervor geht, ist die Wirkung der Ökosteuern nicht klar abschätzbar. Die Verringerung der CO₂-Emissionen sind zum Einen auf den technischen Fortschritt und zum Anderen auf das veränderte Fahrverhalten der Menschen zurück zu führen. Insofern ist nicht eindeutig bestimmbar, dass die Erhebung der Ökosteuern zur Kraftstoffminderung beigetragen hat. Wie Sie richtig schreiben, hat sie die Verringerung des CO₂-Ausstoßes allenfalls unterstützt.

Einen erheblichen Einfluss hierauf haben aber der starke Anstieg der Rohölpreise sowie die Aufwertung des US-Dollars im Vergleich zum Euro genommen. Im Übrigen sind die Experten der FDP zur Zeit dabei, die Wirkungen der Ökosteuern nach aktuellem Stand noch einmal zusammen zu stellen.“

Umfragen übers Internet zu betreiben, kann tückisch sein. Als die FDP auf ihrer Homepage über die Zukunft

der Ökosteuer abstimmen ließen, votierten rund 80 Prozent der Teilnehmer für den Erhalt der von den Liberalen gezeigten Abgabe. Die Partei vermutet eine grüne Verschwörung (Spiegel Online, 5.3.2002).

<http://www.spiegel.de/politik/deutschland/0,1518,185626,00.html>

Ökosteuer auf leisen Sohlen

Die Zeitschrift „Ökologisches Wirtschaften“ (<http://www.oekom.de/verlag/german/periodika/oekowirt/>) berichtet in der Ausgabe 1/2002 über die neue Stufe der Ökosteuer und die positiven Effekte der Ökosteuer. Als Kontakt ist dem Artikel der Hinweis auf unseren Newsletter angefügt. Danke!

Neuer Newsletter über die Ökologische Finanzreform vom EEB

Das EEB (European Environmental Bureau) hat im März den ersten Newsletter zu seiner Kampagne über eine Ökologische Finanzreform herausgegeben. Den Newsletter (englisch) finden Sie unter:

http://www.eeb.org/activities/env_fiscal_reform/newsletter1.pdf

5. WEITERE UMWELT- UND FINANZTHEMEN

Umfrage zeigt hohe Zustimmung für weiteren Ausbau der Windkraft

Weil Windkraftanlagen umweltfreundlich Strom produzieren, sollten in Deutschland weitere Windkraftanlagen errichtet werden. Das sagen 89,2 Prozent der Bevölkerung. Dies ist eines der Ergebnisse einer repräsentativen Umfrage, die das Meinungsforschungsinstitut EMNID im Auftrag des Wirtschaftsverbandes Windkraftwerke e.V. (WWW) zwischen dem 14. und 15. März 2002 bei 1003 Befragten durchführte. Noch höher ist die Zustimmung auf die Frage: "Würden Sie aus Klimaschutz-Gründen die verstärkte Nutzung von Windkraft begrüßen?" Auf diese Frage antworteten 92,0 Prozent mit ja. Mit Blick auf die begrenzten Ressourcen der herkömmlichen Energieträger sind 86 Prozent der Befragten der Ansicht, dass der Anteil der Windkraft an der Stromversorgung noch nicht ausreicht und im Sinne einer nachhaltigen Energieversorgung weiter ausgebaut werden muss.

Eine sehr hohe Zustimmung ergab die Umfrage auch zu den Standortkriterien. Gefragt wurde: "Die Standorte von Windparks müssen bestimmte Kriterien erfüllen. Zum Beispiel müssen ausreichende Windgeschwindigkeiten erreicht werden, je nach Größe der Fläche darf nur eine bestimmte Anzahl von Windrädern aufgestellt werden und gewisse Mindestabstände zu Wohn- und Naturschutzgebieten sind einzuhalten. Befürworten Sie unter diesen Bedingungen den Bau von weiteren Windparks?" Auf diese Frage antworteten 88,3 Prozent der Befragten mit ja.

Hoch ist auch die Zustimmung für den geplanten Bau von Offshore-Windparks auf hoher See. Sie liegt nach der Umfrage bei 82,2 Prozent.

Knapp drei Viertel aller Befragten (73,9 Prozent) sind zudem der Ansicht, dass der Ausbau der Windkraft auch in anderen Wirtschaftszweigen Arbeitsplätze schafft und erhält.

"Dies ist ein sehr gutes Ergebnis und zeigt, dass die Zustimmung zur Nutzung und zum Ausbau der Windkraft breit verankert ist. Gegenüber einer vergleichbaren EMNID-Umfrage aus dem Jahr 1997 ist die Zustimmung zum weiteren Ausbau der Windkraft sogar noch deutlich gewachsen", kommentiert der Vorsitzende der WWW, Dr. Wolfgang von Geldern, die Ergebnisse (Pressemitteilung des Wirtschaftsverbandes Windkraftwerke e.V. (WWW), Cuxhaven).

Neue Förderrichtlinien für das Marktanreizprogramm zugunsten erneuerbarer Energien

Am Samstag, den 23. März 2002, treten neue Förderrichtlinien für das Marktanreizprogramm zugunsten erneuerbarer Energien des BMWi mit verbesserten Förderkonditionen bei Solarkollektoren und Biomasseanlagen in Kraft. Hiermit - und unter Berücksichtigung der Förderung im Rahmen des Erneuerbare-Energien-Gesetzes (EEG) - hat das BMWi klar die Weichen gestellt für einen kräftigen Ausbau der erneuerbaren Energien in Deutschland. Die neuen Förderrichtlinien kommen für Anträge zur Anwendung, die ab dem Tag nach ihrem Inkrafttreten beim Bundesamt für Wirtschaft und Ausfuhrkontrolle

(BAFA) oder der Kreditanstalt für Wiederaufbau (KfW) eingehen.

Die Änderungen im Überblick

Für die beim BAFA zu beantragenden **Zuschüsse**:

- Der Zuschuss bei Solarkollektoren beträgt künftig 92 € / m² Kollektorfläche.
- Der Zuschuss bei automatisch beschickten Anlagen zur Verfeuerung fester Biomasse bis 100 kW Wärmeleistung (z.B. Holzpellettheizkessel) beträgt künftig
 - 55 € / kW Nennwärmeleistung,
 - mindestens 1500 € bei Anlagen mit einem Kesselwirkungsgrad von mind. 90 %.

Für die bei der KfW über die Hausbanken zu beantragenden **Förderdarlehen**:

- Der Teilschulderlass bei Anlagen zur Verfeuerung fester Biomasse über 100 kW Wärmeleistung beträgt künftig
 - 55 € / kW Nennwärmeleistung,
 - höchstens 250.000 € je Einzelanlage.
- Bei Biogasanlagen bis zu einer Leistung von 70 kW elektrisch werden wieder Teilschulderlasse gewährt. Der Teilschulderlass beträgt künftig 15.000 € je Anlage.

(Pressemitteilung vom 22.03.2002, Bundesministerium für Wirtschaft und Technologie).

Kraft-Wärme-Kopplungsgesetz trat am 1. April in Kraft

Der Bundesrat hat am 1. März 2002 das neue Kraft-Wärme-Kopplungsgesetz verabschiedet. Ziel des zum 1. April in Kraft getretenen Gesetzes ist die Sicherung und der Ausbau der ressourcenschonenden und klimafreundlichen Form der Energieerzeugung in Kraft-Wärme-Kopplungsanlagen (KWK-Anlagen). Bestehende KWK-Anlagen werden befristet geschützt, und es wird ein Anreiz zu ihrer Modernisierung geschaffen. Das Gesetz soll außerdem den Ausbau der Stromerzeugung in kleinen Blockheizkraftwerken und die Markteinführung von Brennstoffzellen anregen. Das Gesetz sieht die Zahlung einer Einspeisevergütung für solchen Strom vor, der in besonders effizientem Kraft-Wärme-Kopplungsbetrieb erzeugt und in die Netze für die allgemeine Versorgung eingespeist wird. Den vorgesehenen Zuschlag werden nur Betriebe erhalten, die auch tatsächlich CO₂ mindernden Strom erzeugen. Die Betreiber begünstigter Kraft-Wärme-Kopplungsanlagen erhalten bis zum Jahr 2010 Zuschlagszahlungen von insgesamt voraussichtlich 8,7 Milliarden Mark. Besonders gefördert werden die Betreiber von Brennstoffzellen-Anlagen. Sie erhalten für einen Zeitraum von zehn Jahren ab Inbetriebnahme einen Zuschlag von 5 Cent pro eingespeister Kilowattstunde. Zur Vermeidung von Wettbewerbsnachteilen für den Standort Deutschland ist eine Belastungsobergrenze für die Wirtschaft vorgesehen (INFOBRIEF No. 8; 03/2002, der Gesellschaft für Nachhaltigkeit, Neue Umweltökonomie und nachhaltigkeitsgerechtes Umweltrecht e.V. (GfN)).

6. BEITRÄGE UND REAKTIONEN UNSERER LESER

Ich bin von Ihrem neuen Newsletter wieder begeistert. Da ich diese Arbeit unterstützen will, wäre ich bereit den Mitgliedsbeitrag für ein aktives Mitglied zu leisten. (W.E. aus Augsburg)

Klingt sehr spannend, kann aber leider nicht kommen. Freue mich deshalb um so mehr auf spätere Notizen. Glaube das entscheidende Problem mit Akzeptanz von ÖSR ist die fehlende Transparenz der Zusammenhänge (Kosten für den Bürger und die Zweckbindung/Verteilung der Erlöse) sowie griffige und einleuchtende Erklärung. Notwendiger Wandel der Mobilität erschwert durch einfalllose und schlampige Verkehrspolitik im Bereich Schiene!!! Bei leeren öffentlichen Kassen Transrapid zu fördern, erscheint als teures Geschenk an Technologiestandort Deutschland, aber nicht als verantwortungsbewusste Lösung bestehender Verkehrsprobleme. (F.M. aus Chieming)

Sehr geehrte Damen und Herren, ich halte das bis jetzt in Richtung Ökologische Steuerreform Geleistete für suboptimal. Die Stromsteuer ist eine Verbrauchssteuer wie die Salzsteuer, Tabaksteuer und die Mineralölsteuer. Die Orientierung der Ökologiepolitik an der ökologisch oft kontraproduktiven Energieminderung im Verein mit einer dann notwendigen Grenzwertpolitik hat zu dem Misserfolg bei der Emissionsminderung und zu einer spürbaren Ausuferung der Bürokratie geführt (G.R., Bundesverband Motorkraftwerke e.V.).

Sehr geehrte Damen und Herren, so qualitativ hochwertig Ihr Newsletter über die Ökosteuer schreibt, so oberflächlich ist leider die Berichterstattung zum Thema Erneuerbare Energien (EE). So heißt es in Ihrem Kommentar zu der Arbeit "Die Folgen der Strommarktliberalisierung für regenerative Energiequellen" u.a.: "Auch das Instrument einer Quote mit handelbaren Zertifikaten erscheint durchaus zielführend." Nun weiß jeder, der die Diskussion über den Ausbau der EE in den letzten Jahren verfolgt hat, dass Mengenregelungen wie Quoten, Zertifikate oder Ausschreibungen bisher immer zu schlechten Resultaten geführt haben, Preisregelungen wie die Einspeisegesetze in Deutschland, Spanien, Frankreich oder Dänemark (bis 2001) dagegen zu einem deutlichen Ausbau der EE geführt haben.

Zwei Beispiele:

- Die Ablösung des dänischen Einspeisegesetzes durch eine Quotenregelung hat den dänischen Markt für Windkraftanlagen zusammenbrechen lassen.
- Das Ausschreibungssystem in Großbritannien hat in den letzten zehn Jahre eine Windleistung von weniger als 500 Megawatt entstehen lassen. Deutschland baut jährlich (!) die fünffache (!) Menge an Neuanlagen dazu.

Der Grund ist einfach: Nur gesetzlich garantierte Preise geben Investoren und Banken die notwendige Sicherheit, die neuen EE-Technologien betreiben und finanzieren. "Zielführend" ist die Quote allein für die konventionelle Energiewirtschaft, denn sie verzögert den Ausbau der EE. Hermann Scheer hat deshalb einmal formuliert: "Nicht jeder der für die Quote ist, ist gegen Erneuerbare Energien. Aber jeder der gegen Erneuerbare Energien ist, ist für die Quote."

Das Beispiel der hohen EEG-Vergütung für Photovoltaik ist im übrigen kein Argument für die Quote sondern gerade gegen sie. Mit einer Quote würde nämlich die Markteinführung der Photovoltaik um Jahre verzögert. Mit einem fairen Einspeisepreis entwickelt sich jedoch eine wachsende Nachfrage nach Solarzellen, die zu spürbaren Kostenreduktionen bei der Fertigung führt. Im übrigen sinkt die Vergütung nach EEG für Solarstrom aus neuen Anlagen jedes Jahr um 5% zzgl. der Inflation. Ein Anreiz zur Kostenreduktion ist als deutlich gegeben.

Zudem stimmt die Argumentation nachdenklich "aus umweltökonomischer Sicht seien differenzierte Preise nicht begründbar, da jede kWh Strom aus regenerativen Quellen die gleichen positiven externen Effekte mit sich bringt und somit in gleicher Höhe kompensiert werden müsste." Würde man die externen Kosten der konventionellen Stromversorgung als Maßstab zur Vergütung für EE machen, dann müssten die Vergütungen wohl deutlich mehr als 20 Cent pro Kilowattstunde betragen. Also vielmehr als die Anlagenbetreiber in der Regel benötigen! Die "99 Pfennig" für Solarstrom, sind wie gesagt ohnehin nicht primär umweltökonomisch sondern industriepolitisch begründet. Diese Technologie bedarf eines Anschubs, wie vor 10 Jahren die Windenergie.

Mein entscheidender Einwand ist aber: Wenn man Mengenregelungen für effizienter hält als Preisregelungen, dann muss man den Gedanken einer Ökosteuer sofort aufgeben und auf den Emissionshandel setzen. Wer die Schlupflöcher bei letzterem kennt, wird die Ökosteuer bevorzugen. Im übrigen kennt niemand den/die "richtigen" Preise/Kosten oder die "richtige" Menge. Wir sollten uns daher an die Instrumente halten, dass praktisch erprobt sind und funktionieren: Ökosteuern und Einspeisepreise für EE-Strom. Wenn die aktiven Förderer der Ökosteuer hier mit den aktiven Förderern der Erneuerbaren Energien an einem Strang ziehen würden, wäre dies sicher der gemeinsamen Sache sehr zuträglich – zumal im Jahr der Bundestagswahl.

Mit freundlichen Grüßen

Ralf Bischof

Sehr geehrter Herr Dr. Görres, durch einen Bekannten wurde mir von einem Gespräch berichtet, in welchem die Auswirkungen der von Ihnen so heftig befürworteten Ökosteuer auf einen Normalverdiener wie mich angesprochen wurden. Ohne größeres Erstaunen meinerseits wurde hier wieder deutlich, dass die von Ihnen vertretenen Ansichten deutlich an der Realität des täglichen Lebens vorbei gehen. Sie möchten jetzt sicherlich genaueres erfahren.

Kurz eine Schilderung meiner Situation, und diese ist sicherlich für Tausende Bürger repräsentativ.

Ich bin Single mit mittlerem Einkommen, im Außendienst tätig und ohne Dienstwagen. Eine Anschaffung derartiger Fortbewegungsmittel wird seitens meiner Firma abgelehnt. Als ehemaliger McKinsey-Mitarbeiter haben Sie sicherlich in der Vergangenheit so mancher Firma geraten, Firmenwagen anzuschaffen, jedoch lehnen viele diesen zusätzlichen Kostenfaktor mit den unterschiedlichsten Begründungen ab. Außerdem sind Dienstwagen auch nicht gerade die Lösung aller Probleme, da eine Versteuerung zu einer Reduzierung meines Gehaltes um 1/3 des mir Netto im Monat zum Leben zur Verfügung stehenden Betrages bedeuten würde. Haben Sie schon einmal von DM 600 im Monat Lebensmittel, Telefon, Kleidung, Reparaturen etc. bestritten?

Nun kommt sicherlich Ihrerseits das Argument, dass ja durch die Steuerreform eine Entlastung meines Gehaltsklassen eingetreten ist. Wer dieses Ammenmärchen vertritt, glaubt sicherlich noch an die 7 Zwerge. Ich würde Ihnen gerne Einblick in meine Gehaltsabrechnungen der Jahre 2000 - 03/2002 gewähren, um Ihnen den Beweis hierfür zu bringen. Eine Kilometergelderhöhung seitens der Firma? Auch hier darf die Differenz

wieder versteuert werden und wird damit gleich wieder ad absurdum geführt.

Aber wir haben ja mit der Ökosteuererhöhung nicht nur eine deutliche Erhöhung der Spritpreise zur Folge. Nein auch die Heiz- und Stromkosten sind in nicht unerheblichem Masse gestiegen. Man kann also ohne zu übertreiben davon ausgehen, das jemand wie ich eine zusätzliche Belastung von rund 1.000 Euro hat. Dies nur noch gekrönt von der Forderung unserer Bundesregierung eine private Altersvorsorge zu betreiben (ja wovon denn noch), dem BGH-Entscheid, dass meine Rente in Zukunft noch zu versteuern ist, wir für den Aufbau der Wirtschaft Ost immer noch solidarisch zahlen, und bereits zu diesem Zeitpunkt 54% meines Gehaltes weg sind, bevor ich es überhaupt in den Fingern habe.

Es ist sicherlich ein wünschenswerter Trend vernünftiger mit den natürlichen Ressourcen umzugehen. Mit der momentanen Steuer- und Abgabepolitik schaffen wir jedoch nur eine neue Armut.

Ich fordere Sie hiermit auf, sich doch einmal mit den Auswirkungen und Kosten für einen ganz normal verdienenden Menschen auseinander zusetzen.

Immer nur noch mehr Abgaben, wofür auch immer, sind nicht mehr zu tolerieren. Und Mogelpackungen wie die Steuerreform sind eine reine, entschuldigen Sie den Ausdruck, "Volksverarschung". Was mich aber am meisten schockiert, ist die offensichtliche Tatsache, dass Menschen mit Ihrer Ausbildung sich nicht genauer und besser über die Auswirkungen der so vehement von Ihnen vertretenen Ökopolitik informieren.

Mein Angebot, Ihnen Einsicht in meine Gehalts- und Kostenabrechnungen zu gewähren, ist ernst gemeint.

Ich bin gespannt ob Sie den Mut haben sich damit zu beschäftigen.

Reaktion von Herrn Görres: Sehr geehrte Frau P., vielen Dank für diese ausführliche Stellungnahme und das Angebot zur Einsichtnahme in Ihre persönlichen Unterlagen. Ich glaube Ihnen auch ohne diese Einsicht, dass in Ihrem persönlichen Fall die Belastungen die Entlastungen überwiegen.

Sie irren allerdings, wenn Sie vermuten, dass mich ihr Problem nicht interessiert. Sie irren auch, wenn Sie glauben, ich bzw. wir vom FÖS würden von der Steuerreform den Ausgleich aller Belastungen erwarten.

Es überrascht mich zunächst gar nicht, dass eine von uns gewollte Verteuerung von Energie in Einzelfällen auch zu Belastungen führen kann, die durch die Steuerreform nicht ausgeglichen werden. Denn wir müssen letztlich akzeptieren, dass Verteuerung von Energie eben diejenigen überdurchschnittlich belastet, die überdurchschnittlich viel Energie verbrauchen. Und dagegen kann es auch keinen perfekten Ausgleich geben, denn sonst wäre der gewünschte Lenkungseffekt wieder neutralisiert. Der Belastungsausgleich kann

nur im durchschnitt funktionieren, nicht in jedem Einzelfall.

Aus meiner Sicht ist es nicht unbillig, dass die Ökosteuern einzelne Branchen und Berufe höher belastet als andere. Das liegt nun mal im Wesen einer Reform, deren ausdrückliches Ziel auch die Veränderung der Preisrelationen in der Marktwirtschaft ist.

Als unbillig empfinde ich allerdings, dass Ihr Arbeitgeber ihre Mehrbelastungen nicht oder nur unzulänglich kompensiert. Wenn sich maßgebliche Betriebskosten eines Mitarbeiters erhöhen, ohne dass ein Ausgleich erfolgt, läuft dies im Endeffekt auf eine Reallohnsenkung hinaus.

Mittelfristig würde ich davon ausgehen, dass es in der Marktwirtschaft zu folgenden Reaktionen kommt

- insgesamt wird Außendienstarbeit im Flächenvertrieb teurer (und soll es auch werden)
- ein Ausweichen auf öffentliche Verkehrsmittel dürfte nur in den wenigsten Fällen in Betracht kommen (das weiß ich aus eigener Erfahrung, denn auch ich besuche Kunden in ganz Deutschland)
- ein Teil der heutigen Treibstoffkosten lässt sich allerdings sicher durch den Wechsel zu kleineren Fahrzeugen, einer verbrauchssparenden Fahrweise und effizienteren Motoren einsparen.
- oft kann man auch bei der Optimierung der Routen- und Terminplanung noch besser werden: ich kenne viele Außendienstler, die hier sehr kreativ sind, und andere, die ihre Reisen miserabel planen.
- aus Sicht der Wirtschaft wird der klassische "Reisende" mit PKW auf Dauer auch stärker durch andere Vertriebskanäle abgelöst werden - für Sie, Frau P., sicher kaum ein Trost, eher im Gegenteil.

Meine Antwort ist sicher keine Lösung Ihrer kurzfristigen Probleme, aber ehrlich gemeint.

Mit freundlichen Grüßen Dr. Anselm Görres

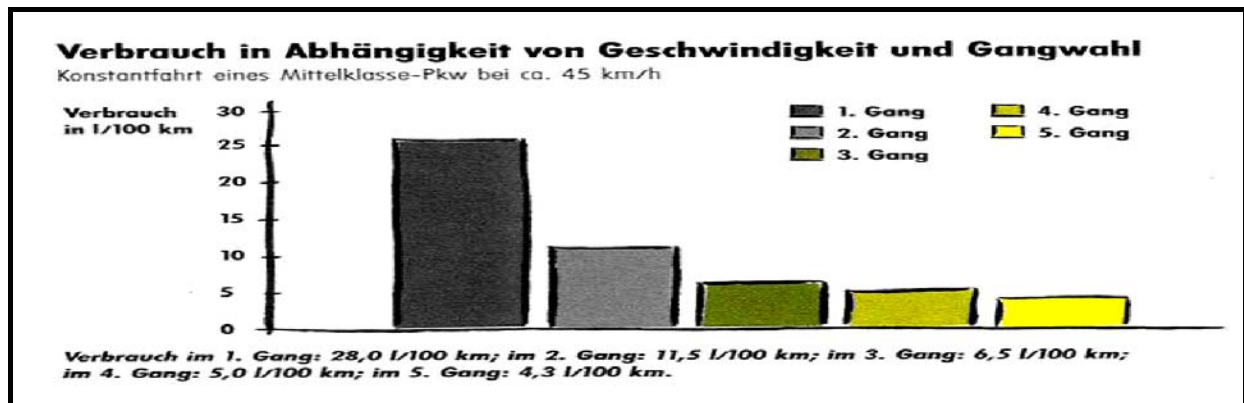
7. KURZMELDUNGEN

B.A.U.M. bietet Unternehmen ein Öko-Fahrtraining für deren Mitarbeiter an. Auch für LKW- und Busfahrer werden spezielle Kurse durchgeführt. Das Öko-Fahrtraining besteht i.d.R. aus einem 1-tägigen Kursus, der theoretische und praktische Teile beinhaltet.

Informationen gibt es bei Dieter Brübach, Tel.: 0511/1650021

Der DVR (Deutscher Verkehrssicherheitsrat) bietet in Zusammenarbeit mit den Ford-Werken und der Bundesvereinigung der Fahrlehrerverbände flächigendeckend in Deutschland das Fahrspars-Training "Eco-Driving" an. Kosten: ca. 200 DM für Privatpersonen, 300 DM für Berufskraftfahrer (jeweils inklusive Versicherungsschutz). Die Trainingsfahrzeuge stellt der Anbieter (Ford-Modelle mit Bordcomputer). Teilnehmen kann jeder, unabhängig vom Fahrzeugtyp, der im Besitz einer Fahrerlaubnis ist. Weitere Informationen: Bei Ford-Vertragshändlern und beim Ford-Kundenzentrum, Tel. 0221/90-33333 oder unter <http://www.eco-driving.de>

Die Grafik zeigt, wie sich der Verbrauch in Abhängigkeit von Geschwindigkeit und Gangwahl verändert (B.A.U.M.).



8. SERVICE: JOBS

9. SERVICE: LINKS

„Business for Climate“: e-mission 55 mit neuer Website

Die Wirtschaftsinitiative für die Ratifizierung des Kyoto-Protokolls, e-mission 55, hat einen neuen Internet-Auftritt. Neben einem frischeren optischen Eindruck sind alle redaktionellen Inhalte auf den neuesten Stand gebracht worden. Die Website ist gegliedert in die Bereiche „Presse“, „Wirtschaftsperspektive“ mit Statements von Wirtschaftsvertretern, „Länderbericht“ mit Nachrichten zum Stand der Kyoto-Debatte in verschiedenen Ländern, „Unterzeichner“ mit einer vollständigen Liste der Unterzeichner der e-mission 55-„Klimaerklärung der Wirtschaft“, sowie Kontakten und Links. Redaktionell betreut wird die Website von ECC Kohtes Klewes. e-mission 55 hat bis zum Weltgipfel in Johannesburg einen vollen Terminkalender. Unternehmen, die sich zum Kyoto-Protokoll bekennen, sind nach wie vor eingeladen, der Initiative beizutreten (Sustainable Agenda Mail Service, Ausgabe 14, März 2002).

<http://www.emission55.com>

Eckpunktepapier zur Weiterführung der Ökosteuer

Ein Eckpunktepapier des BUND zur Weiterführung der Ökosteuer erhalten Sie unter:

<http://www.oeko-steuer.de> (Rubrik Kommentare).

10. SERVICE: VERANSTALTUNGEN

12.04. – 13.04.2002, Woodstock, Vermont (USA): Third Annual Global Conference on Environmental Taxation

The conference will focus on two critical issues in environmental taxation -- the legal limits on the power of governments around the world to use environmental taxes, and what experience can teach us about how and when to use environmental taxes.

The Limits on the Power of Governments to Use Environmental Taxation. The first day of the conference will focus on legal constraints on governments' power to enact environmental taxes, such as

constitutional limitations, limits inherent in international governmental alliances such as the European Union, restraints imposed by trade agreements, and the role of border adjustments for environmental taxes in complying with trade agreements. These legal limits play a fundamental role in defining the potential to the use of environmental taxation.

What Experience Teaches about the Use of Environmental Taxation. During the second day, participants will examine the experiences that a broad range of countries have had with environmental taxes. Panels and discussions will focus on evidence of the effectiveness of environmental taxes, analyses of when taxation is the best instrument for achieving environmental goals, issues in drafting and administration, the politics of enacting environmental taxes, and case studies of recent innovations. This information can help build a stronger foundation for the future use of environmental taxes.

Who Should Attend

Speakers and participants who are interested in environmental taxation will come to the conference from around the world -- Europe, North America, Asia, Australia, South America -- and from a broad range of disciplines -- governmental officials worldwide, professors of taxation, accounting, economics and environment from major universities, leading CPAs and attorneys, industry executives and leaders of non-profit organizations.

The Conference Location

The conference will be held at the Woodstock Inn in Woodstock, Vermont, a lovely Vermont village. For information about the Woodstock Inn and its location, visit its website at <http://www.woodstockinn.com>. Special conference rates for accommodations will be available for people who register early.

Previous Conferences

The 2002 conference is the third in a series of conferences. The first conference was held in Cleveland, Ohio, USA in April 2000, and the second in Vancouver, Canada in 2001.

For More Information

Please contact Prof. Janet Milne, Director of the Environmental Tax Policy Institute at Vermont Law School, Chelsea St., South Royalton, Vermont USA 05068, by telephone at (802) 763-8303 ext. 2266 or by email at <mailto:jmilne@vermontlaw.edu>. This webpage will be updated periodically with more information about the conference.

Environmental Tax Policy Institute

Vermont Law School's Environmental Tax Policy Institute analyzes the ways in which taxation can be used to address environmental problems. By serving as a resource for the public and private sectors, non-governmental organizations, the press and academia, the Institute seeks to better inform the public policy debate about the role of environmental taxes at the local, state and federal levels.

<http://www.vermontlaw.edu/elc/envirotaxconover.cfm>

19.04.2002, Hamburg: Workshop "Koexistenz von Ökosteuern und Emissionshandel"

Der Bundesverband Emissionshandel und Klimaschutz und der FÖS laden zu einem Workshop zur Koexistenz von Ökosteuern und Emissionshandel ein. Von vielen Beobachtern werden Ökosteuern und Emissionshandel als inkompatibel betrachtet. Dies ist nicht unbedingt der Fall. In dem Workshop sollen Chancen ausgelotet werden, wie die beiden Instrumente zusammenwirken können, um einen effizienten und effektiven Klimaschutz zu erreichen. Vorträge halten u.a. unsere Vorstandsmitglieder Dr. Anselm Görres und Kai Schlegelmilch.

Der Workshop findet am 19. April von 10:00 bis 16:30 im Hamburgisches Welt-Wirtschafts-Archiv (HWWA), Neuer Jungfernstieg 21, 20347 Hamburg, Anreiseskizze: <http://www.hwwa.de>, Raum 519 im 5. Stock. statt. Anmeldefrist ist bis zum 10.4.2002.

Zielgruppe: Vertreter von Politik, Wirtschaft und Nichtregierungsorganisationen.

Anmeldung: Die Teilnahme ist kostenlos. Anmeldung bitte bis 10.4. an Sonja Butzengeiger: <mailto:sonja.butzengeiger@hwwa.de> oder per Fax 040/42834451. Reisekosten müssen von den Teilnehmern selbst getragen werden. Das Programm:

Programm

10:00 – 10:30	Kaffee und Anmeldung
10:30 – 11:00	Dr. Axel Michaelowa, Vorsitzender des Bundesverbandes Emissionshandel und Klimaschutz; HWWA: Schließen sich Emissionshandel und Ökosteuer gegenseitig aus?
11:00 – 11:10	Diskussion
11:10 – 11:40	Dr. Anselm Görres, Vorsitzender des Fördervereins Ökologische Steuerreform: Kritische Fragen an das Zertifikatmodell aus Sicht eines Ökosteuer-Befürworters
11:40 – 11:50	Diskussion
11:50 – 12:20	Tilman Santarius, Wuppertal Institut: Möglichkeiten der Verknüpfung der ÖSR mit einem Emissionshandel. Der Vorschlag von "Tradable Taxes"
12:20 – 12:30	Diskussion
12:30 – 13:20	Mittagessen
13:20 – 13:40	Roland Geres, Vorstandsmitglied des Bundesverbandes Emissionshandel und Klimaschutz; Future Camp: Emissionshandel im Verkehrssektor
13:40 – 13:50	Diskussion
13:50 – 14:10	Paul Metz, e5: Synergien zwischen Emissionsteuern und Emissionshandel
14:10 – 14:20	Diskussion
14:20 – 14:40	Kai Schlegelmilch, Förderverein Ökologische Steuerreform; BMU: Mögliche Rollenverteilung von Ökosteuer und Emissionshandel in der deutschen Umweltpolitik
14:40 – 14:50	Diskussion
14:50 – 15:50	Podiumsdiskussion über Koexistenz oder Konfrontation der Ökosteuer und des Emissionshandels mit Anselm Görres, Axel Michaelowa, Kai Schlegelmilch; Moderation Roland Geres
15:50 – 16:00	Zusammenfassung durch Axel Michaelowa und Anselm Görres
16:00 – 16:30	Ausklang bei Kaffee

16.05.2002, Aachen: 2. Aachener Forum "our sustainable future" - Bausteine der R.I.O. Economy

Im Krönungssaal des Rathauses findet das 2. Aachener Forum "our sustainable future" - Bausteine der R.I.O. Economy statt.

Als Referenten werden u.a. erwartet:

- Wolfgang Clement, Ministerpräsident NRW
- Jacqueline Aloisi de Landerel, Direktorin Umweltprogramm der Vereinten Nationen (UNEP)
- Dr. Jürgen Linden, Oberbürgermeister der Stadt Aachen
- Prof. Dr. Friedrich Schmidt-Bleek, Präsident Faktor 10 Institut
- Janine Ferretti, Direktorin Nordamerikanische Freihandelszone (NAFTA)
- Alois Flatz, Leiter der Forschungsabteilung SAM Gruppe
- Martin Viehoever, Präsident Europäische Jugend für Generationengerechtigkeit und Nachhaltigkeit (YOIS)
- Claude Fussler, Direktor Weltwirtschaftsrat für Nachhaltigkeit (WBCSD)
- Prof. Dr. Maximilian Gege, Geschäftsführendes Vorstandsmitglied B.A.U.M. e.V. (Moderation)

Die Teilnahme an der Veranstaltung ist kostenlos.

Bei Interesse an der Veranstaltung melden Sie sich bitte unter <mailto:forum@aachener-stiftung.de> an. (Tel. 0241 / 409290 oder 040 / 4907 1100).

27.06.2002, Berlin: OECD/Deutschland-Tagung „Environmental Fiscal Reform“

Die Details finden Sie in der nächsten Ausgabe des Newsletters. Teilnehmen wird u.a. Bundesumweltminister Jürgen Trittin.

11. FÖS: IN EIGENER SACHE***Protokoll der Mitgliederversammlung - Ordentliche Mitgliederversammlung am 16. März 2002
Ländervertretung Rheinland-Pfalz in Berlin, von 11.00 bis 15.00 Uhr*****TOP 1: Begrüßung durch den Vorsitzenden**

Dr. Anselm Görres begrüßt die erschienenen Mitglieder und Freunde des FÖS. Er stellt die Beschlussfähigkeit der Mitgliederversammlung fest. Er selbst wird zum Versammlungsleiter, Andrea Kuss zur Protokollführerin bestimmt.

TOP 2: Bericht des Vorstands

Anselm Görres berichtet über die Entwicklungen des letzten Jahres und den Zielen, die sich daraus für 2002 ergeben. Die Mitgliederzahlen stagnieren schon seit längerem bei ca. 150 Mitgliedern, obwohl das Angebot des FÖS im vergangenen Jahr deutlich gesteigert werden konnte. Für den Beirat konnten hingegen mit Norbert Walter und Yannis Paleocrassas neue Mitglieder gewonnen werden, Klaus Töpfer ist einem Beitritt grundsätzlich nicht abgeneigt. Gelobt wird die Zusammenarbeit innerhalb des Vorstands und mit der Geschäftsstelle. Diese ist seit Mai mit zwei Umweltwissenschaftlern besetzt und soll in der Zukunft noch mit Praktikanten verstärkt werden, so dass noch mehr Projekte in Angriff genommen werden.

Christof Sauer von der FÖS-Geschäftsstelle erläutert im Folgenden die Entwicklung und Pläne des vom UBA und BMU geförderten Projektes Homepage und Newsletter. Die Abonnentenzahlen der ÖkoSteuerNews stiegen von der ersten Ausgabe bis heute von ~1100 auf ~2400 an, die Zugriffe pro Woche auf die Homepage von rund 300 im Juni 2001 fast um den Faktor zehn auf knapp 3000 Anfang März 2002. Für das kommende Jahr ist eine weitere Steigerung der Leser- und Zugriffszahlen geplant, ein Ausbau der Kooperationen vergleichbar mit denen mit BUND und dem Wuppertal Institut, eine stärkere Vernetzung zwischen Homepage und Newsletter und der Aufbau einer Expertendatenbank. Hinzu kommen soll ein englischer Newsletter und eine englische Homepage, wenn hierfür entsprechende Finanzierung bewilligt wird.

Kai Schlegelmilch erwähnt die zahlreichen Pressemitteilungen, die der FÖS im letzten Jahr herausgegeben hat und durch die die Pressearbeit des FÖS intensiviert werden konnte. Für dieses Jahr weist er auf ein Heft zur Ökologischen Steuer- und Finanzreform hin, dass der FÖS in Kooperation mit dem Ökom-Verlag herausgeben möchte, sowie eine angedachte Konferenz mit Unternehmern, in der die faktischen Belastungen durch die ÖSR und deren Wahrnehmung in Deutschland und Großbritannien thematisiert werden soll.

Anselm Görres schließt einen kurzen Überblick zur ÖSR-Diskussion in Deutschland an, die er mit dem Satz „Trotz Entspannung ist das Diskussionsniveau steigerbar“ zusammenfasst. Immerhin werden mittlerweile erste Umwelterfolge der ÖSR sichtbar.

Außerdem kann er von seinem USA-Aufenthalt Anfang März berichten, dass es auf der Ebene der Bundesstaaten durchaus Anhänger der ÖSR gibt und er dort für die Globalisierung des Ökosteuergedankens eingetreten ist.

TOP 3: Finanzen

Zum Thema Finanzen erläutert Anselm Görres, dass das Planvolumen von 140.000 DM bei einer Volumensteigerung um 10.000 DM eingehalten und die Spenden wieder auf das Niveau von 1998 gesteigert werden konnten. Außerdem hat der FÖS mittlerweile eine mündliche Zusage der Förderung durch UBA und BMU bis April 2003.

Die Kassenprüfer Andreas Sauter und Andreas Wolfsteiner, die 2001 für zwei Jahre gewählt wurden, berichten, dass ihnen die Unterlagen vollständig und gut geordnet vorgelegt wurden. Sie regen an, größere Investitionen gesondert zu kennzeichnen und den Anteil der Mitgliedsbeiträge an den Festeinnahmen, der momentan bei einem Sechstel liegt, zu steigern. Insgesamt ist ihre Risikobewertung aber aufgrund der befristeten Arbeitsverträge und zugesicherten Fördermittel gering. Als Fazit kommen sie zum Ergebnis, dass die Buchführung 2001 ordnungsgemäß erstellt wurde und schlagen die Entlastung des Vorstands vor.

Im Folgenden wird der Vorstand ohne Gegenstimme und mit Enthaltung der Vorstandsmitglieder durch die wahlberechtigten Mitglieder entlastet. Der Plan für 2002 wird einstimmig ohne Gegenstimme und Enthaltung angenommen.

Anselm Görres bedankt sich herzlich bei den Kassenprüfern für ihre Arbeit.

TOP 4: Satzungsänderung

In der Satzung soll § 11, Absatz 2 von „Der Beirat besteht aus fünf, höchstens 20 Mitgliedern, die vom Vorstand berufen werden“ geändert werden in „Der Beirat besteht aus mindestens fünf Mitgliedern, die vom Vorstand berufen werden.“ Diese Satzungsänderung wird einstimmig ohne Gegenstimme und Enthaltung angenommen.

TOP 5: Vorstandswahlen

Die Wahlleitung wird von Kai Schlegelmilch übernommen.

Herr Rädler und Herr von Bennigsen scheidern auf eigenen Wunsch aus dem Vorstand aus.

Da die Herren Schlegelmilch und Willeitner im letzten Jahr für zwei Jahre gewählt worden sind, stehen lediglich die Vorstandsmitglieder Bettina Meyer und Anselm Görres zur Wiederwahl. Sie werden beide für weitere zwei Jahre - bei jeweils einer Enthaltung - in ihrem Amt bestätigt.

Neu in den Vorstand gewählt wird als Schatzmeister - bei einer Enthaltung - Andreas Sauter. Er ist 29 Jahre alt, bei der Münchener Rückversicherung beschäftigt und verfügt über langjährige Erfahrungen im Umweltbereich beim Landesjugendverband des Bund Naturschutz.

Für den sechsten Vorstandssitz werden Emma Kellner und Michael Rodi vorgeschlagen, die den Posten aber wegen Überlastung ablehnen. Da es sonst keine Vorschläge gibt, bleibt der sechste Sitz unbesetzt.

TOP 6: Wahl von Rechnungsprüfern

Für Andreas Sauter wird Emma Kellner als zweite Rechnungsprüferin für 2002 neben Andreas Wolfsteiner - bei einer Enthaltung - gewählt.

TOP 7: Vorstellung PETRAS-Studie

Nach einer kurzen Imbisspause stellt Tilman Santarius vom Wuppertal Institut, Abteilung Klimapolitik, die Ergebnisse einer Ökosteuer-Akzeptanzstudie vor. Durch Experteninterviews mit Entscheidungsträgern aus Politik und Unternehmen und Fokusgruppen mit Personen der allgemeinen Bevölkerung wurden Erkenntnisse über den Kenntnisstand und Einstellungen zur Ökologischen Steuerreform gesammelt. Bei den Unternehmensvertretern herrschten überwiegend gute Kenntnisse des Designs der ÖSR, wobei das Argument der Wettbewerbsfähigkeit überraschenderweise keine Rolle spielte (offenbar weil die Ausnahmeregelungen sehr großzügig sind). Die Vertreter aus der Bevölkerung hatten hingegen nur geringe Kenntnisse des Designs der ÖSR und nahmen nur die Besteuerung, nicht aber die Kompensation wahr.

Die Bevölkerung hat insgesamt geringes Vertrauen, dass das Aufkommen tatsächlich zurückgegeben wird, die Unternehmen, dass die politischen Entscheidungen langfristig verlässlich sind. Insgesamt wurde der Name als irreführend betrachtet und es gab wenig Verständnis für die These der doppelten Dividende. Das gegenwärtige Design wird wegen zu geringer Umwelteffekte, fehlender Jobeffekte und Zweifeln an der Idee der doppelten Dividende kritisiert.

Die Studie endet mit den Empfehlungen, die Reform auf ihre ökologischen Ziele zu fokussieren, die Verwendungsseite und die Inkonsistenzen im Design der ÖSR umzugestalten und eine effektive Informationskampagne zu entwickeln.

TOP 8: Der FÖS und seine Strategie – Diskussion

Die Strategiediskussion wird - aufbauend auf die Vorstellung der PETRAS-Studie - durch die Vorstellung eines Vorstandspapiers von Kai Schlegelmilch eingeleitet. Darin geht es um die politischen Ziele und Forderungen des FÖS im Wahljahr, in dem die Konkretisierung der Ökosteuer ab 2004 für den FÖS derzeit keine Priorität hat, vielmehr soll die Diskussion durch bessere Faktenbasis versachlicht und die Leitkriterien wie Abbau von Ausnahmeregelungen und Aufkommensneutralität beibehalten werden. Außerdem stellt Kai Schlegelmilch Vorschläge für eine Fortentwicklung der Ökologischen Steuerreform zur ökologischen Finanzreform vor, die z.B. die Eigenheimzulage, Grundsteuer, Landwirtschaft und den Flug- und Schiffsverkehr mit einbezieht.

Im Anschluss stellt FÖS-Mitglied Andreas Wolfsteiner sein Papier vor, in dem er sich für die Verabschiedung eines Ökosteuerrahmengesetzes und die Rückgabe der Einnahmen aus der Ökosteuer werden über einen Ökobonus ausspricht.

Im Folgenden wird der Ökobonus sehr kontrovers diskutiert. Zum einen wird angemerkt, dass die Kommunizierbarkeit dieser Lösung nicht gegeben ist, dass es ein Akzeptanzproblem auf Unternehmerseite und ein administratives Problem geben würde, aber auch, dass damit eine soziale Komponente mit aufgenommen würde, da jemand, der wenig verdient, normalerweise auch weniger Energie verbraucht und so über den Ökobonus auch mehr zurückbekommt. Zwar könnte man mit dem Ökobonus der verteilungspolitischen Seite mehr Beachtung schenken (z.B. Ökobonus für Sozialhilfeempfänger), andererseits wird die Meinung vertreten, dass ökologische und soziale Themen getrennt werden sollten.

Betont wird die Bedeutung der europäischen Zusammenarbeit. Deutschland solle zwar eine Vorreiterrolle spielen, aber die Regelungen dürfen nicht wesentlich strenger sein als in den Nachbarländern. Die Ökosteuer könnte ein guter Exportartikel der EU werden. Außerdem soll noch der Druck Deutschlands auf die USA erhöht werden, der aber bisher keine Wirkung zeigt.

Dass sich Aufkommensneutralität und Förderung ökologischer Projekte nicht zwangsläufig widersprechen müssen, wird – neben der bereits gewährten Steuerermäßigungen für Öffentliche Verkehrsmittel, Erdgas im Verkehr und KWK - durch den Vorschlag einer Mehrwertsteuerabsenkung bei Ökoprodukten belegt. Eine Mehrwertsteuerdifferenzierung ist schon länger ein Thema, diskutiert wird eine Aufnahme des Punktes „Umwelt“ in die 6. Mehrwertsteuerrichtlinie der EU. In Hinblick auf die Bahn könnte durch eine Senkung des Mehrwertsteuersatzes deren Leistungsfähigkeit gewährleistet bleiben.

Hinsichtlich der Ausnahmeregelung für die Industrie wird darauf hingewiesen, dass damit die Ökosteuer-Schiefelage durch die Kompensation über die Rentenversicherung bestehen bleibt.

Im Hinblick auf die kommende Bundestagswahl wird zu bedenken gegeben, dass bereits in den Koalitionsverhandlungen die ÖSR eine Rolle spielen wird. Im Moment steht gleichwohl die Vermarktung der Ökosteuer im Vordergrund, man sollte sich also auf die Punkte konzentrieren, die die Akzeptanz erhöhen.

Die EU setzt momentan insbesondere auf den Emissionshandel, weil der ohne Einstimmigkeit durchsetzbar ist. Dadurch entsteht aber der Eindruck, dass die Ökosteuer tot sei, obwohl sich beide sehr gut vernetzen lassen. Vorteil ist, dass der Emissionshandel im Gegensatz zur Energiesteuer die Industrie mit einbezieht.

Für sehr wichtig wird allgemein angesehen, die Entlastung, die durch die Ökosteuer entsteht, auf dem Lohnzettel auszuweisen.

Zentrales Thema der Diskussion wurde der Wunsch nach einer Ausweitung von der Ökologischen Steuerreform auf eine Ökologische Steuer- und Finanzreform, sowohl inhaltlich als auch im Namen des FÖS. Darunter würden z.B. eine Ökologisierung der gesamten Subventionspolitik, eine Einbeziehung des Landverbrauchs (ökologische Elemente innerhalb der Grundsteuer) und eine Ökologisierung der Kommunal Finanzen u.v.m. fallen.

TOP 9: Besuch von Reinhard Loske (MdB, umwelt- und bildungspolitischer Sprecher der Grünen)

Reinhard Loske berichtet von der parallel laufenden Bundesdelegiertenkonferenz von Bündnis 90 / Die Grünen, dass eine ökologische Finanzreform mit den Punkten Aufkommensneutralität, Abbau von Subventionen, Öffnung zu zweckgebundenen Nutzungsentgelten, Festhalten an der ÖSR, Einbeziehung von

Flächenverbrauch und Landwirtschaft, sowie Nutzungsentgelte Weltmeere und Luftraum beschlossen wurde. Der Emissionshandel wurde mit 60 % angenommen, das Verhältnis der beiden zueinander steht noch in der Diskussion.

Die Ökosteuer sei als Überthema zum Markenzeichen der Grünen geworden, die Leute respektieren das Festhalten der Grünen an der Ökosteuer.

Das Problem der Ökosteuer sei im Moment die Verwendungsseite, da das Rentensystem so reformbedürftig sei, dass die Beitragssätze nur noch stabilisiert, nicht aber gesenkt werden können, was sich kaum vermitteln lässt. Als Alternativen bieten sich zwei Optionen: die Verwendung an anderer Stelle im Rentensystem oder eine Steuersenkung. Das Prinzip der Aufkommensneutralität soll aber beibehalten werden.

Aufgaben werden insbesondere sein, das Konzept der Ökosteuer zu kommunizieren und den Dialog zwischen Ökosteuer und Emissionshandel zu führen

TOP 10: Beendigung der Mitgliederversammlung

Der Vorsitzende schließt gegen 15.00 Uhr die Mitgliederversammlung und lädt zur Ökosteuer-Geburtstagsfeier bei Kaffee und Kuchen ein.

Bericht des Vorstands

Die Folienpräsentation zum Bericht des Vorsitzenden finden Sie hier

<http://www.foes-ev.de/downloads/0203foes-bs-mv.PDF>

Diskussionsvorschläge des Vorstands

Der Vorstand legte zur Vorbereitung der Strategiediskussion ein Diskussionspapier und in Tabellenform konzentrierte Forderungen vor.

Das Papier finden Sie hier

<http://www.foes-ev.de/news/7/11artikel1.html>

Die Forderungen in Tabellenform hier

<http://www.foes-ev.de/downloads/folienkai.pdf>

Studie zur Akzeptanz der Ökosteuer

Tilman Santarius berichtete im Zuge unserer Mitgliederversammlung von den Ergebnissen der PETRAS-Studie zur Akzeptanz der Ökosteuer. Die Zusammenfassung finden Sie hier:

<http://www.foes-ev.de/downloads/petras.pdf>

Nachlese zur Mitgliederversammlung des FÖS in Berlin 2002 – von Andreas Wolfsteiner

Auf die ein oder andere Weise stehen spätestens im Oktober 2002 konkrete Fragen zur Ökosteuer wieder auf der Tagesordnung. Auf der Mitgliederversammlung war man sich einig, dass der FÖS neben der Kommunikation der Grundsätze einer Ökosteuer im Wahlkampf, spätestens bis dahin eine vorzeigbare konkrete Position zur Weiterführung der Ökologischen Steuerreform haben sollte, um entsprechenden Einfluss nehmen zu können.

Die gute und ausführliche Diskussion auf der Mitgliederversammlung in Berlin ergab m.E. dazu zwei Ergebnisse:

1. Kai Schlegelmilch und Bettina Meyer haben in ihrem Diskussionsbeitrag für die Mitgliederversammlung Weiterentwicklungsmöglichkeiten der Ökosteuer und der Ökologisierung des deutschen Finanzsystems sehr gut und umfassend dargestellt. Hier ist lediglich eine weitere Hierarchisierung und mehr Plakativität erforderlich.
2. Die Studie des Wuppertal Instituts, vorgetragen von Tilmann Santarius, zur „Reaktion gesellschaftlicher Akteure auf die Ökologische Steuerreform, ergab zwei zentrale Erkenntnisse, wie die Akzeptanz der Ökosteuer verbessert werden kann:
 - Fokussierung der ökologischen Ziele
 - Modifikationen bei der Verwendungsseite

Zur derzeitigen Verwendung der Ökosteuereinnahmen wurde eine gespaltene Bilanz gezogen: Einerseits hat der Zuschuss zur Rentenversicherung die Ökosteuer robuster gegen wankelmütige „Genossen“ gemacht, andererseits wurden folgende Problemfelder benannt:

1. Aufgrund der inhärenten Finanzierungsprobleme der Rentenversicherung, ist die Abgabentlastung schwer und wohl immer schwerer kommunizierbar
2. Der erhöhte Staatszuschuss zur Rentenversicherung hat den Reformdruck auf die Rentenversicherung vermindert.
3. Sozialhilfeempfänger, kinderreiche Familien etc. wurden auf den ersten Blick (Signalwirkung!) nicht entlastet.

Man war sich einig, dass die zusätzlichen Einnahmen bei einer Fortführung der Ökosteuer nicht in die Rentenkasse fließen sollten. Außerdem sollte versucht werden, den geringeren Beitrag zur Rentenversicherung auf dem Gehaltsstreifen auszuweisen. Auch war man sich darin einig, dass Ökosteuereinnahmen nur begrenzt in „Ökoprojekte“ fließen sollten. Als Beispiel wurde die Wärmesaniierung von Gebäuden genannt.

Bei der Lobbyarbeit im Falle einer Fortführung der Ökosteuer sollte der FÖS Stellung beziehen, wie die zusätzlichen Einnahmen verwendet werden, da diese Entscheidung großen Einfluss auf die Akzeptanz der Ökosteuer hat. Hier sollen folgende Möglichkeiten diskutiert werden:

1. Erhöhung des Zuschusses zur Arbeitslosenversicherung.

Pro:

- Auch bei der Arbeitslosenversicherung gilt es versicherungsfremde Leistungen über Steuern zu finanzieren.
- Aufgrund des geringeren Beitragsatzes als bei der Rentenversicherung könnte eine Senkung eher antizipiert werden.
- Sinkende Arbeitslosenzahlen und Reformen bei der Bundesanstalt für Arbeit könnten den Abwärtstrend des Beitragsatzes verstärken.

Contra:

- Eine Erhöhung des Bundeszuschusses könnte auch hier den nötigen Reformdruck verringern. Jährlich werden zum Beispiel 22 Mrd.€ für zum Teil zweifelhafte arbeitsmarktpolitische Maßnahmen ausgegeben.
- Die Einnahmen durch die Ökosteuer müssen sich nicht genauso verändern, wie der Bedarf zur Finanzierung versicherungsfremder Leistungen.

2. Ökobonus

Hinsichtlich einer Pro-Kopf-Rückgabe der zusätzlichen Ökosteuereinnahmen wurden folgende Punkte diskutiert.

Pro:

- Soziale Ausgewogenheit
- Hohe Transparenz
- Flexibilität bei den Anhebungsschritten. Es müssen keine „punktgenauen“ Einnahmen erzielt werden.
- Hohes Akzeptanzpotential
- Auch wurde die Bedeutung des Ökobonus als Instruments zur Verwirklichung der gleichberechtigten Teilhabe aller Bürger an Umweltressourcen herausgestellt.

Contra:

- In der Einführungsphase entsteht vermehrter Verwaltungsaufwand, da die Einwohnermeldeämter die Konterverbindungen erfassen und pflegen bzw. den Ökobonus bar auszahlen müssen.
- Die Entlastung von Unternehmen müsste u.U. anders geregelt werden. Möglichkeiten wären:

Ökobonus für abhängig Beschäftigte, Steuerbefreiung bei Teilnahme am Emissionshandel.

- Die arbeitsmarktpolitischen Ziele (doppelte Dividende) einer Ökologischen Steuerreform würden scheinbar aufgegeben.
 - Es ist unklar, ob eine derartige Rückgabe der Ökosteuererinnahmen noch mit dem Nonaffektionsprinzip von Steuern vereinbar wäre.
 - Die Staatsquote würde formal steigen.
 - Ein neues sozialpolitisches Instrument neben vielen anderen.
 - Politische Durchsetzbarkeit fraglich.
3. Keine Aufkommensneutralität im engeren Sinne mehr. D.h., die zusätzlichen Einnahmen der Ökosteuer fließen, wie alle anderen Steuern auch, zunächst in den allgemeinen Haushalt ein. Gleichzeitig wird das Ziel verfolgt, die Abgabenbelastung zu stabilisieren bzw. zu senken – allerdings ohne direkte Verknüpfung mit der Verwendung der Ökosteuererinnahmen.

Pro:

- Die Politik erhält mehr Gestaltungsspielraum zur Ausgestaltung der Aufkommensneutralität.

Contra:

- Die Politik unterliegt der Versuchung doch insgesamt mehr Abgaben zu erheben. Genau betrachtet besteht diese Versuchung immer, wie das Beispiel des sinkende Reformdrucks bei der Rentenversicherung gezeigt hat.

4. Tilgung von Staatsschulden. Die zusätzlichen Ökosteuererinnahmen könnten übergangsweise zur zusätzlichen Tilgung von Staatsschulden verwendet werden. Anbieten würden sich besondere Töpfe, wie die Altschulden der Bundesbahn oder der Fonds Deutsche Einheit.

Pro:

- Es müssen keine „punktgenauen“ Einnahmen erzielt werden.
- Durch die zusätzliche Tilgung von Staatsschulden erhält die Politik mehr Handlungsspielräume.
- Die Tilgung könnte als „Buße“ der heutigen Generation an zukünftige Generationen für mangelnden Umweltschutz gesehen werden.
- Die Verringerung der Staatsschulden dürfte auf relativ große Gegenliebe in der Bevölkerung stoßen.

Contra:

- Im ersten Schritt erhöht sich die Staatsquote. Dies wird jedoch im zweiten Schritt etwas relativiert, indem Zinsausgaben sinken.

Mich überzeugt von der Sache und von den Marketingmöglichkeiten her am ehesten der Ökobonus – trotz der unbestreitbaren Probleme. M.E. ist die enge Verknüpfung von Ökosteuern mit den Sozialversicherungen ein Irrweg gewesen. Die Senkung der Lohnnebenkosten - und ein Weg dazu ist die Steuerfinanzierung von versicherungsfremden Leistungen – ist weiterhin wichtig und richtig. Nur müssen zu diesem Zweck die versicherungsfremden Leistungen genau definiert und unabhängig von der Höhe der Ökosteuererinnahmen schrittweise über Steuern finanziert werden. Es gibt keine sachliche Korrelation zwischen versicherungsfremden Leistungen und Einnahmen durch die Ökosteuer. Daher wäre es von der Sache her durchaus sinnvoll die Einnahmen der Ökosteuer in den allgemeinen Staatshaushalt fließen zu lassen – ohne politische Zweckbindung. Da auch mein Vertrauen in die Politik begrenzt ist, halte ich allerdings die Tilgung von Staatsschulden für eine weitere sinnvolle Alternative, wenn der Ökobonus nicht durchsetzbar ist.

Zum Thema Fokussierung ökologischer Ziele, werden im Diskussionspapier des Vorstands viele wichtige und richtige Details aufgeführt. M.E. ist es jedoch bei einer Fortführung der Ökosteuer unverzichtbar, die Langfristigkeit des Projekts in geeigneter Weise gesetzlich zu verankern. Es ist ein großes Manko, dass der zentrale Vorteil der Ökosteuer, langfristige Planungssicherheit für die Wirtschaftssubjekte über stetige

Anhebungsschritte bis zur Erreichung umweltpolitischer Ziele, noch nicht gesetzlich umgesetzt wurde. Dieses Manko scheint mir über die verständliche Freude darüber, dass über eine Legislaturperiode hinaus Anhebungsschritte festgelegt wurden, in Vergessenheit geraten zu sein. Eine Ökosteuer kann ihre Vorteile aber erst voll ausspielen, wenn sie auf Jahrzehnte statt auf Jahre angelegt ist. Mir ist klar, wie schwer sich die Politik damit tut. Aber der FÖS sollte zu Gunsten eines sozial- und wirtschaftsverträglichen ökologischen Strukturwandels nicht verzichten darauf zu pochen.

Eine Möglichkeit dies zu verwirklichen wäre ein „Ökosteuerrahmengesetz“, das u.a. die stetige Anhebung der Ökosteuer auf folgende Weise regeln könnte:

- Die Ökosteuer wird grundsätzlich jährlich angehoben bis quantifizierte Umweltschutzziele (z.B. international eingegangene Klimaschutzziele) erreicht sind. Dies impliziert nicht, dass diese Ziele nur mit Ökosteuern erreicht werden sollen. Aber klar ist, dass z.B. beim Klimaschutz Energiesteuern eine herausragende Stellung im Instrumentenmix haben.
- Bei der jährlichen Anhebung der Ökosteuer sollen folgende Randbedingungen berücksichtigt werden:
 1. Die jährlicher Anhebung der Ökosteuer soll eine x %igen (z.B. 1 %ige) Senkung des besteuerten Energieverbrauchs im Jahr bewirken.
 2. Das jährliche Senkungsziel von x % soll kontinuierlich in dem Maße angehoben werden, wie sich ein beschleunigter sozial- und wirtschaftsverträglicher ökologischer Strukturwandel durch Anpassungsreaktionen abzeichnet.
 3. Die Energiepreise in Deutschland dürfen maximal y % (z.B. 10 %) über dem EU-Durchschnitt liegen. Dieser Prozentsatz wird jährlich daraufhin überprüft, ob eine Anhebung im Hinblick auf eine höhere Energieproduktivität in Deutschland möglich ist.
 4. In einer Rezessionsphase kann die Anhebung ausgesetzt werden.

Ich würde mich freuen, wenn auch andere Mitglieder sich an der „Nachlese“ zur Mitgliederversammlung beteiligen würden und damit den Vorstand bei seiner Arbeit unterstützen.

Haben Sie eine neue Adresse oder Email?

Bitte denken Sie daran, uns neue Post- oder eMailadressen gleich mitzuteilen. Das Nachforschen, wenn Post oder eMails zurückkommen, kostet uns viel Zeit und damit Geld. Außerdem können Sie so sicher sein, keine Ausgabe unseres Newsletters oder anderen wichtigen aktuellen Mitteilungen zu verpassen!

Wie kann der Newsletter noch besser werden?

Bitte schicken Sie uns Ihre Anregungen, Kritik, Wünsche und auch gerne Literatur-/Link-Hinweise, damit wir den Newsletter weiter verbessern können. Wenn Sie selbst einen Beitrag schreiben möchten, freuen wir uns sehr, bitten aber, diesen vorher mit uns abzustimmen (<mailto:foes@foes-ev.de>).

Hat Ihnen dieser Newsletter gefallen?

Das freut uns! Dann haben wir eine Bitte an Sie: Spenden Sie und/oder werden Sie Mitglied bei uns! Denn wie Sie wissen, ist der FÖS auf Spenden angewiesen. Insbesondere diejenigen unter Ihnen, die keine Mitglieder bei uns, aber zufrieden mit unserer Arbeit, bzw. den Mitteilungen/Newslettern sind, können sich überlegen, ob sie unsere Arbeit mit einer Spende unterstützen wollen. Wir wären Ihnen sehr dankbar! Die Bankverbindung: Ökobank e.G., BLZ 500 901 00, Konto 860 3740.

Noch mehr würden wir uns freuen, wenn Sie uns als Mitglied unterstützten. Der Beitrag beträgt 60 € für Förder- und 200 € für Aktivmitglieder. Ein Beitrittsformular finden Sie unter <http://www.foes-ev.de/kontakt.html>.

12. BUND: NACHRICHTEN UND KOMMENTARE

Bericht über Ökosteuer-Kampagne auf CD-Rom erschienen

Von Oktober 2000 bis Dezember 2001 führte der BUND eine bundesweite Kampagne für die ökologische Steuerreform durch. Der Abschlussbericht mit zahlreichen Fotos und Hintergrundinfos ist jetzt auf CD-Rom erschienen und kostenlos erhältlich. Highlights sind die Fotos und Presseberichte von der Ökosteuer-Spritspar-Tour. In 37 Orten von Cuxhaven bis Friedrichshafen und von Greifswald bis zum Schwarzwald bot der BUND Schnupperkurse für benzinsparendes Fahren an. Die Bürgerinnen und Bürger konnten sich bei einer spontanen Fahrt selbst davon überzeugen, dass rund 30 Prozent Einsparung im Stadtverkehr leicht möglich sind - das ist mehr als die Ökosteuer kostet. Außerdem ist auf der CD-Rom der Ökosteuer-Spar-Rechner enthalten. Mit dem Programm können Haushalte ihre individuellen Ökosteuer-Zahlungen berechnen und anhand von 16 frei auswählbaren Energiespartipps testen, wie sie zum Ökosteuer-Gewinner werden. In dem Bericht werden sowohl die Erfolgs- als auch die Schattenseiten der Kampagne ausführlich geschildert. Die CD-Rom ist kostenlos erhältlich beim BUND, Matthias Seiche, Am Köllnischen Park 1, 10179 Berlin, eMail: <mailto:matthias.seiche@bund.net>

Das Fazit zur Aktion:

Schnupperfahrten voller Erfolg

Bei der Spritspar-Tour wurde das Angebot, bei einer 15-minütigen Schnupperfahrt das benzinsparende Fahren selbst auszuprobieren, sehr gut angenommen. Das Kampagnenfahrzeug war fast ständig im Einsatz. Der Grund: Auf dem eingebauten Bordcomputer konnte der exakte Benzinverbrauch schon nach kurzer Fahrt abgelesen werden. Das Versprechen, dass 30 Prozent Benzin gegenüber dem Normalverbrauch gespart werden kann, blieb nicht theoretisch, sondern war individuell erfahrbar.

Pressefotos

Das Kampagnenfahrzeug war ein sehr gutes Fotomotiv. Auf den ersten Blick ist das nicht besonders originell, aber die professionelle Beklebung des Fahrzeugs und das darüber hängende Start-Ziel-Banner reichten aus, damit in fast allen Orten mit Foto berichtet wurde. Die an den meisten Orten eingeladene Lokalprominenz wurde ebenfalls ins Bild gesetzt. Zahlreiche Anfragen des Kampagnenteams und unserer Agentur bei bundesweit bekannter Prominenz blieben aber leider erfolglos. Deshalb scheiterte der Versuch, mit der Ökosteuer-Tour in die bundesweiten Medien zu kommen.

Aktionsstandorte

Der Aktionsstandort ist alles: Bei den wenigen Flops unter den 37 Aktionsterminen waren schlecht gewählte Standorte schuld. Die Fußgängerzone bzw. ein belebter Platz im Stadtzentrum muss es schon sein. Herzlichen Dank an die zahlreichen Gruppen, die mit ihrer Ortskenntnis und guten Kontakten zu den Ordnungsämtern die Standgenehmigung organisiert haben.

Wie viele Überzeugte?

Es ist schwer einzuschätzen, ob sich einige der Ökosteuer-Skeptiker in den Gesprächen am Infostand tatsächlich vom BUND überzeugen ließen. Die ökologische Steuerreform ist ein derart ideologisiertes Thema, dass sich nur die wenigsten Menschen von ihrer einmal gefassten Meinung abbringen lassen. Eher noch war die Aktion eine Bestärkung für Ökosteuer-Sympathisanten. Sie signalisierte, dass es wichtig ist, für diese Reform auf die Straße zu gehen. Von den Unterstützern erhielten wir viele aufmunternde Kommentare.

Presseresonanz zwiespältig

Die Lokalpresse nahm das Verbraucherthema benzinsparendes Fahren begierig auf und ignorierte das Thema ökologische Steuerreform weitgehend. Nur in jedem sechsten der Presseberichte tauchte das Wort Ökosteuer in der Überschrift auf. Ansonsten wurde die Kampagnen-Botschaft meistens in einen der Satzsätze verbannt, obwohl die Journalisten gut gebrieft waren. Das war frustrierend, aber nicht zu ändern, da das Thema Ökosteuer während der Tour zwischen Juni und Oktober 2001 Flaute hatte.

Bunt-Zeitung traf den richtigen Nerv

Im Gegensatz dazu kam die Bunt-Zeitung im Dezember 2000 genau zum richtigen Zeitpunkt heraus. Die

Benzinpreisproteste vom Herbst 2000 waren noch in frischer Erinnerung und die folgende Ökosteuer-Stufe zum 1. Januar 2001 stand direkt bevor. Auch die provozierende Aufmachung der Bunt im Stil der Bild-Zeitung schaffte Aufmerksamkeit. Sogar der Spiegel berichtete mit Abbildung. Am besten kam die Bunt-Zeitung bei den BUNDgruppen an: Innerhalb von drei Wochen bestellten neunzig Gruppen die Zeitung und verteilten über 100.000 Exemplare.

Ökosteuer-Sparrechner mit Millionen-Auflage

Der Ökosteuer-Sparrechner im Internet eröffnete Verbreitungswege, die mit rein politischen Aktionen versperrt sind: in zahlreichen Verbrauchertipps wurde darüber berichtet. Die Besucherzahlen verneunfachten sich darauf hin. Dadurch wurden auch die politischen Informationen unter <http://www.oeko-steuer.de> bekannter. Zwei Computerzeitschriften (Auflage: 1,2 Millionen) verbreiteten den Ökosteuer-Sparrechner auf ihren beigelegten CD-Roms.

3 Jahre Ökosteuer - Erfolgsgeschichte weiterführen

Berlin, 29.03.02: Der Bund für Umwelt und Naturschutz in Deutschland (BUND) hat drei Jahre nach Einführung der Ökosteuer (1.4.1999) eine positive Bilanz ihrer Wirkung gezogen. Von der Bundesregierung erwartet der Umweltverband ein klares Bekenntnis zur Fortsetzung dieser umweltpolitischen Erfolgsgeschichte auch über das Jahr 2003 hinaus. Es sei ein Zeichen von ökonomischer und ökologischer Blindheit, wenn im kommenden Wahlkampf zwischen den Parteien Streit um die Ökosteuer ausbreche. Die positiven Wirkungen steigender Energiepreise wie der sinkende Benzinverbrauch und die Schaffung zusätzlicher Arbeitsplätze im Bereich erneuerbarer Energien dürften nicht durch einen Schlingerkurs in Sachen Ökosteuer abgewürgt werden.

Dr. Gerhard Timm, BUND-Bundesgeschäftsführer: "SPD und Grüne müssen zu ihren früheren Aussagen stehen und an der Ökosteuer festhalten. Schrittweise und maßvoll sollte der Energieverbrauch verteuert werden, um weitere Anreize fürs Sparen zu geben. Der CDU/CSU-Kanzlerkandidat sollte sich genau überlegen, ob er die Ökosteuer und damit den Klimaschutz wirklich zerstören will. Die Folge wäre ein zunehmender Ausstoß von Klimagasen, die CDU/CSU stünde gegenüber den Wählern als Klimakiller da."

Der BUND sieht in der Ökosteuer ein wirksames Mittel, den Einsatz fossiler Energien bis 2050 um etwa 80 Prozent zu reduzieren. Nach jahrelangem Anstieg sei zwischen 1999 und 2001 im Verkehrsbereich der Benzin- und Dieserverbrauch um etwa fünf Prozent zurückgegangen. Ursache sei ein Zusammenspiel von steigenden Mineralölpreisen, Ökosteuer und wachsendem Umweltbewusstsein. Ebenso sei der Anteil verbrauchsarmer Fahrzeuge stetig gewachsen: Von 0,35 auf über zwei Prozent bei Neufahrzeugen mit weniger als fünf Litern Kraftstoffverbrauch. Die Rentenversicherungsbeiträge konnten durch die Ökosteuer bis 2002 um 1,2 Prozentpunkte gesenkt werden. Das Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung (DIW) prognostiziert bis 2010 auf Grund der Ökosteuer bis zu 250000 neue Arbeitsplätze.

Timm: "Die Ökosteuer ist noch nicht perfekt. Vor allem muss sie ökologisch treffsicherer werden. Die Ermäßigungen für energieintensive Industrien gehören abgebaut. Außerdem sollten nicht nur Arbeitgeber und Arbeitnehmer Ökosteuer-Einnahmen zurück erhalten, sondern auch Rentner, Sozialhilfeempfänger, Arbeitslose und Studierende."

Weitere Finanzreformen müssten laut BUND ökonomisch wirksamer und ökologisch deutlicher erkennbar werden. Das Grundkonzept, den Umweltverbrauch zu verteuern und das Steueraufkommen an die Bevölkerung zurückzugeben, solle aber unverändert bleiben.

Ein Eckpunktepapier zur Weiterführung der Ökosteuer erhalten Sie unter: <http://www.oeko-steuer.de> (Rubrik Kommentare).

